

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Alfringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 3  
Drachenschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 5. Januar 1931

Sturmwehen im Ruhrbergbau.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

SPD. Bochum, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier gärt es. Wieder einmal hält das schwarze Land an der Ruhr, der Lippe und an der Emscher den Stoss einer politischen Krise und Wirtschaftskrise aus. Wieder einmal! Im Krieg und in den ersten Nachkriegsjahren, als der Hunger die Ruhrknappen zu Skeletten abmagerte, verlangte man von diesem Land Kohlen und wieder Kohlen. Sie lieferten Kohle. Die Leute an der Ruhr taten ihre Pflicht. Dann kam die Ruhrbesetzung. Die Nation appellierte an das schwarze und rauchige Land. Und das Land tat seine Pflicht. Die Franzosen zogen ab. Man erwartete Jahre der Ruhe und der wirtschaftlichen Erholung. Aber es kam die Umstellung im Ruhrbergbau, die Leistungssteigerung pro Schicht und pro Kopf, die die Arbeitskraft masslos verbilligte und Zehntausende überflüssig machte. In jener Zeit des Rationalisierungsaufschwunges haben die Kohlenbarone Millionen um Millionen verdient. Sie haben ihre Werke modernisiert. Sie haben sie im Werte vervielfacht. Sie haben die Profite gesteigert. Die Ruhrknappen bezahlten diesen Reichtum mit einer beispiellosen wirtschaftlichen Unsicherheit. In den Jahren seit der Besetzung sind die Belegschaften im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier um sage und schreibe 200 000 Mann auf 300 000 Mann abgebaut worden. Arbeitslosigkeit und Feierschichten zogen in das Revier. Von dieser Bevölkerung, deren Einkommen an sich schon glatt halbiert ist, verlangt man jetzt eine Senkung der Lebenshaltung ins Unmögliche und unter die Grenze des Erträglichen. Weil das die Kohlenpreissenkung erfordere.

Man darf sich nicht wundern, wenn die Spannung in diesem Land aufs Höchste gestiegen ist. Fordern doch die Bergbauunternehmer eine Reduzierung der Arbeiterlöhne um rund 12 %, während die ab 1. Dezember 1930 eingetretene Ermässigung der Kohlenpreise nur 8,8 % beträgt. Der bisherige Listenpreis für Fettförderkohle ist von 16,89 Mk. auf 15,40 Mk. je Tonne gesenkt worden; in einem ähnlichen Verhältnis wurden auch die Preise für die anderen Kohlensorten heruntergesetzt. Die Behauptung der Unternehmer, dass die ermässigten Kohlenpreise eine Erlösverminderung um durchschnittlich 1,80 Mk. je Tonne ergeben würde, entspricht nicht der Wirklichkeit. Richtig ist, dass bisher schon im unbestrittenen Gebiet der jeweils volle Listenpreis gezahlt werden musste und dass für die auf dem Land abgesetzte Kohle noch ein erheblicher Zuschlag zu den Listenpreisen genommen wurde. Eine Erlösminderung unter den festgesetzten Listenpreisen kann jedoch nur eintreten bei denjenigen Absatzmengen, die ins bestrittene Gebiet befördert werden. Dort gab es bisher schon einen Preisnachlass. Die offiziellen Listenpreise konnten infolge der Konkurrenz nicht gehalten werden. Als solche Konkurrenzgebiete gelten das gesamte norddeutsche Reichsgebiet sowie die nordischen Länder, in denen die deutschen Kohlenreviere sich teilweise gegenseitig Konkurrenz machen oder polnische bzw. englische Kohle als Konkurrent

auftritt. Wiederum aber ist es Tatsache, dass das Rheinisch-Westfälische Kohlen-syndikat trotz dieser Preisnachlässe in den bestrittenen Gebieten die Durchschnittserlöse in den ersten 9 Monaten des Jahres 1930 gehalten hat, wenigstens ist keine nennenswerte Verschlechterung der Erlöse eingetreten. Für die letzten 3 Monate des vorigen Jahres ist leider der Durchschnittserlös noch nicht bekannt geworden, weshalb sich ein Vergleich nicht anstellen lässt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass nach den herabgesetzten Kohlenpreisen der Erlös sich je Tonne um nicht mehr als um 1 Mark verringern wird. Das sind rund 6 %. Dagegen fordern die Unternehmer offiziell 12 % Lohnabbau.

Einen wichtigen Masstab im Kohlenbergbau bilden die Selbstkosten und hier insbesondere die Höhe der Löhne bzw. die Lohnkosten je Tonne Kohle. Der Förderanteil betrug im April 1928 = 1172 kg, die Lohnkosten stellten sich auf 7,04 Mark je Tonne. Im Monat Oktober 1930 betrug der Förderanteil 1415 kg, die Lohnkosten je Tonne betragen 6,36 Mark. Das bedeutet eine Senkung der Lohnkosten um rund 10 %. Hierzu kommt, dass im Verlauf der letzten Monate die Preise für Holz, Oele, Fette und andere im Grubenbetrieb notwendige Materialien ganz erheblich im Preise gefallen sind, sodass die Grubenverwaltungen sowohl in der Lohnkosten- als auch in der Materialienposition Aktivposten für sich haben. Dazu kommt ferner, dass der gesamte Ruhrbergbau wirtschaftlich noch sehr profitabel ist. Die Unternehmer haben die von den Gewerkschaftsvertretern aufgemachte entsprechende Selbstkostenberechnung nicht entkräften können (sie war aufgebaut auf der Grundlage, wie sie das Reichswirtschaftsministerium wiederholt zur Anwendung gebracht hat). Wenn dennoch die Vertreter der Arbeiter in den Verhandlungen am 30. Dezember 1930 geneigt waren, in einen Lohnabzug bis 4 % einzuwilligen, dann geschah das nur aus der allgemeinen Wirtschaftslage heraus und insbesondere mit Rücksicht auf die Preissenkungsaktion. Die Unternehmer aber forderten als letztes mindestens einen Abbau der Löhne um 8 %.

Die Folge? Heute ist die Stimmung im Ruhrrevier äusserst gereizt. Das Treiben der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition spielt jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Einfluss besitzen sie nur auf wenige Schachtanlagen. Auch der grösste Terror, wie er von jener Seite verübt worden ist, hat die Belegschaften nicht in den Streik zu treiben vermocht. Ueberall haben sich die Gewerkschaftsfunktionäre und weite Teile der Belegschaft entschieden gegen den Terror der Kommunisten zur Wehr gesetzt. Stellenweise sind sogar kommunistische Streikbefürworter aus den Belegschaftsversammlungen hinausgeprügelt worden. Die Belegschaften bauen auf die Macht und Verantwortung der Gewerkschaften. Das ist bisher bereits überall unzweideutig zum Ausdruck gekommen. Die überaus gespannte Stimmung, die vorhanden ist und nicht erst in den letzten Wochen entstand, beruht auf dem Tempo des jetzigen Arbeitssystems, dem Einmanningedinge, der Antreiberei und der Behandlung der Arbeiter, wozu die jetzige Haltung der Unternehmer in der Lohnabbaufrage den Schlussstein bildet. Es unterliegt gar keinem Zweifel, dass die Belegschaften einem Aufrufe der Bergarbeiterverbände restlos folgen werden. Die Unternehmer tun schon deshalb gut, es nicht zum Äussersten zu treiben. Es gibt auch in dieser Frage eine Grenze, über die hinaus weder die Arbeiterschaft noch die Gewerkschaften mitmachen können. Kommt eine annehmbare Lösung bis zum 15. Januar 1931 nicht zustande, dann steht der Ruhrbergbau vor einer tieferschütternden Bewegung.

SPD. Stockholm, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Aufsichtsrat des schwedischen Zündholztrusts hat am Montag folgende Beschlüsse gefasst :

1) Im Mai d.J. wird der schwedische Zündholztrust für 37,5 Millionen Dollar 6 prozentige deutsche Regierungsbonds zum Kurse von 93 Prozent aufnehmen, d.h. denjenigen Anteil der 125 Millionen Dollar Zündholzmonopol-Anleihe, der auf die schwedische Gesellschaft entfällt, und 50 Prozent der letzten Zah-

lungsrage ausmacht.

2) Das Gesellschaftskapital soll durch Emission von 900 000 B-Aktien von 270 auf 360 Millionen Kronen erhöht werden.

3) Ausserdem soll in Kürze für innerschwedische Subskription eine Emission von 5 procentigen Bonds in Gesamthöhe von 60 Millionen Kronen erfolgen.

Der Aufsichtsrat gibt ferner bekannt, dass der Gesellschaftsgewinn des vergangenen Jahres (1930) den des Vorjahres übertrifft und dass das Zündholzgeschäft im Jahre 1930 beständige Fortschritte gemacht hat. Für 1930 wird eine Dividende von 15 Prozent vorgeschlagen.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat zur Ermittlung und Ergreifung der Mörder, die in der Neujahrsnacht zwei Reichsbannerleute meuchlings niedergestreckt haben, eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Unter dem dringenden Verdacht, an den Vorgängen in der Hufelandstrasse beteiligt zu sein, fahndet die Polizei zurzeit nach folgenden flüchtigen bzw. sich verborgen haltenden Personen:

1. Kaufmann Rudolf (Rudi) Becker, 24 Jahre alt, zuletzt wohnhaft am Friedrichshain 7.
2. Maler Max Hauschke, 24 Jahre alt, bisher Rastenburger Strasse 21 wohnhaft.
3. Maurerlehrling Hans Kollatz, 19 Jahre alt, zuletzt Chodowieckistr. 8 wohnhaft.

Die Gesuchten sind sämtlich eingeschriebene Nationalsozialisten.

SPD. Paris, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Pariser Konferenz zwischen dem englischen und dem französischen Finanzministerium, die in London mit hochgespannten Hoffnungen, in Paris mit lautem politischen Lärm begrüsst worden war, scheint nur zu dem einen greifbaren Ergebnis geführt zu haben, dass die Bank von Frankreich ihren Diskontsatz von  $2\frac{1}{2}$  auf 2 Prozent herabgesetzt hat. Aber auch diese Massnahme hatte man nach dem gleichen Beschluss der Federal Reserve Bank in London schon seit einer Woche an der Börse erwartet. Im übrigen scheint sich der Meinungs-austausch auf Beteuerungen des gegenseitigen guten Willens beschränkt zu haben.

Die englische Presse scheut sich nicht, schon am Montag wieder die alten Vorwürfe gegen Frankreich zu erheben, dass es durch seine Politik des Gold-einhamsterns das Gleichgewicht der internationalen Kapitalmärkte störe und die Wirtschaftskrise verschärfe. Die französische Presse antwortet nicht minder lebhaft und schlagfertig, dass der Bank von Frankreich an dem neuen Goldsegen nichts gelegen sei, weil dadurch lediglich der Notenumlauf in Frankreich erhöht und die Preissteigerung verschärft werde. Man kann sich denken, dass unter diesen Umständen, wo es noch nicht einmal gelungen ist eine gemeinsame Kontrolle über den internationalen Goldverkehr zwischen Paris und London einzurichten, obwohl die Interessen beider Länder hierbei die gleichen sind, kein Gedanke daran sein kann, als hätten sich London und Paris darüberhinaus etwa über eine gemeinsame Einheitsfront gegen Deutschland und gegen Deutschlands etwaige Revisionswünsche zusammenschliessen können, zumal hier die Interessen Frankreichs und Englands keineswegs in allen Punkten parallel laufen dürften.

SPD. Die Einigung zwischen dem Reich und dem Freistaat Thüringen wegen der Sperrung der Polizeikostenzuschüsse hat der Reichsregierung nicht die erhoffte politische Erleichterung verschafft. Obwohl durch den Vergleich, der unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsgerichts abgeschlossen worden ist, sowohl

die Reichsregierung als auch die Regierung Thüringens anerkannt haben, dass sie den Weg der Verständigung dem der gerichtlichen Austragung des Streits vorziehen, hat einer der Hauptbeteiligten, nämlich Herr Dr. Frick, sich an diese Verständigung nicht gehalten. Von ihm als dem Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion ist jetzt dem Reichstag der Antrag vorgelegt worden, den Reichsinnenminister Dr. Wirth wegen der Sperrung der Polizeikostenzuschüsse und den Reichswehrminister Groener wegen des Verbots der Zugehörigkeit von Arbeitern und Angestellten in Heeresbetrieben zur Nationalsozialistischen Partei vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen.

Abgesehen von der politischen Illoyalität, die bei einem Mann wie Frick kaum noch in Erstaunen setzt, interessiert vor allem die Frage nach der sonstigen Bedeutung dieser beiden Anträge. Auskunft darüber gibt der Art. 59 der Reichsverfassung. Nach ihm hat der Reichstag das Recht, Minister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, dass sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muss von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit.

Diese Bestimmungen zeigen, dass der Antrag der Nazis nur agitatorische, aber keine praktische Bedeutung hat. Die Zustimmung von zwei Dritteln des Reichstags zu diesem Antrage ist ausgeschlossen. Den Nazis kommt es also mit diesem Antrag nur darauf an, ihren Anhängern, die durch die bisherige politische Erfolglosigkeit der Arbeit der Nazis enttäuscht und verbittert sind, einen Brocken hinzuwerfen, an dem ihre Phantasie sich erhitzen kann.

-----  
SPD. Lima, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Ein Fussballspiel zwischen Peru und Uruguay endete mit erbitterten blutigen Kämpfen, die später auf der Strasse fortgesetzt wurden. Fünf Personen wurden bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und der mit dem Ausgang des Spiels unzufriedenen Soldateska getötet, zahlreiche Personen wurden verletzt.

-----  
SPD. Paris, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

In der parlamentarischen Kommission zur Untersuchung des Oustric-Skandals ist es am Montag-Nachmittag zu einem schweren Konflikt zwischen den Kommissionsmitgliedern und der Regierung gekommen, da Justizminister Chéron die Herausgabe der von der Kommission geforderten Dokumente und Beweisstücke mit der Begründung ablehnte, dass dadurch die gerichtliche Untersuchung gestört werde. Daraufhin beschloss die Kommission auf Antrag der Abgeordneten Renaudel (Söz) und Mandel ihre Arbeiten einzustellen und den Ministerpräsidenten durch eine Delegation informieren zu lassen.

In parlamentarischen Kreisen neigt man zu der Auffassung, dass es sich bei dem Verhalten des Finanzministers um ein Sabotagemanöver handele mit dem Ziele, dem Kabinett Schwierigkeiten zu bereiten. Tatsächlich dürfte, wenn es in den eingeleiteten Verhandlungen nicht gelingt, den Justizminister zur Vernunft zu bringen, die Situation für das Kabinett ausserordentlich kritisch werden.

-----  
SPD. Der preussische Innenminister Dr. Carl Severing sprach am Montag im Berliner Rundfunk über die Lage im Ruhrgebiet. Severing führte u. a. aus :

"Wenn ich mich bereit erklärt habe, über die gegenwärtige Situation im Ruhrgebiet einige Angaben zu machen, so kann es nicht meine Aufgabe sein, Stellung zu nehmen zu den Differenzen, die zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen des Bergbaues über den beabsichtigten Lohnabbau entstanden sind.

Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Bergbauindustrie haben im letzten Monat des vergangenen Jahres Tarifverhandlungen stattgefunden, die ergebnislos verlaufen sind. Dass in dieser schweren Zeit Differenzen bei Lohn- und Tarifverhandlungen in den beteiligten breiten Schichten der Bevölkerung Aufregung auslösen, ist begreiflich. Vergessen wir nicht, dass der Beruf des Bergarbeiters schwer und gefahrvoll ist, dass noch in den letzten Monaten des vorigen Jahres zwei schwere Bergwerksunglücke, Grubenkatastrophen von entsetzlichem Ausmass, den Bergleuten wiederum die Gefahren ihres Berufs in das Bewusstsein gerufen haben. Schwer ist das Los des Kumpels, wie der Bergarbeiter seine Kameraden und sich selbst nennt, hart die Arbeit und karg sein Lohn. Kein Wunder, dass die Aussicht auf Kürzung der Arbeitslöhne die Massen nicht froh stimmt, bei ihnen kein Verständnis findet. Bei der heutigen politischen Verhetzung in Deutschland kann es keine sonderliche Ueberraschung bedeuten, dass diese Stimmung, genährt und angefacht durch das negative Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen, von radikalen Elementen planmässig für ihre politischen Ziele ausgenutzt worden ist und noch weiter ausgenutzt werden wird.

Zwar lehnen die beteiligten grossen Bergarbeiterverbände einen Generalstreik entschieden ab und bekämpfen auch mit allen Mitteln die seit Tagen hier und da ausgebrochenen wilden Teilstreiks auf den verschiedensten Zechen. Und der bisher geringe Erfolg der Streikparole, der noch nicht 10 Prozent der gesamten Bergarbeiter des Bezirks gefolgt sind, beweist, dass die Verbände ihre Mitglieder fest in der Hand haben. Und seit Sonnabend ist auch die Beteiligung an diesen wilden Streiks, die hier und dort Erfolge nur durch Terrormassnahmen verzeichnen konnten, wesentlich zurückgegangen. Das alles legt beredtes Zeugnis für die Besonnenheit der westdeutschen Bergbauarbeiter und ihrer Führung ab. Man kann getrost behaupten, dass eine akute Streikgefahr im Ruhrgebiet im Augenblick nicht besteht, trotz aller Versuche, radikaler sogenannten "arbeiterfreundlichen" Parteien.

Das ist, knapp geschildert, die wirtschaftliche Situation von heute. In der Presse haben naturgemäss die Dinge die grösste Bedeutung und darum auch die grösste Verbreitung gefunden, die ich eben als Terrormassnahmen der Streikführer bezeichnet habe. Da sind Arbeitswillige an der Einfahrt verhindert worden, dort hat man den Förderschacht demoliert. Und die Polizei, die gegen die Terrorakte angehen musste, auch durch Verhaftung der Personen, die die Gewaltakte dirigierten, ist ebenfalls an einigen Orten angegriffen worden. Alle diese Wirren haben auch schon blutige Opfer gefordert, die auf das Schuldkonto derjenigen kommen, die ihre Gefolgschaft zum tätlichen Widerstand gegen die Organe der staatlichen Gewalt aufgehetzt haben. Diese Vorgänge sind gewiss alles andere als erfreulich. Aber zu der Stimmung, die sich heute schon in der Frage äussert, ob die Polizei auch Herr der Lage sei und bleiben werde, geben sie keinen Anlass. In der Presse ist auch davon gesprochen worden, dass ich mich zum Zwecke der Information demnächst in das Ruhrgebiet begeben werde. Die entsprechenden Nachrichten sind nicht nur falsch, sondern auch irreführend und dem Ansehen der Polizei abträglich. Wenn der Chef einer grossen Polizei-Verwaltung beim Ausbruch von Unruhen sich erst informieren muss, um Weisungen vorbereiten oder erteilen zu können, dann klappt es in der Organisation der Polizei nicht. Unruhen mit Terrorfällen sind im Westen leider nichts Neues, und die Polizei hatte auch schon früher überreichlich Gelegenheit, um ihre beste und unblutigste Bekämpfung zu erproben. Sie ist beweglich genug, um auszuweichen zu können, und das Zusammenarbeiten der Polizeipräsidenten "klappt". Die Polizei im Ruhrgebiet ist Herr der Situation. Die Ordnung und Sicherheit ist im Ruhrgebiet nicht gefährdet.

Eines freilich kann die Polizei nicht: sie kann weder selbst Kohlen fördern, noch kann sie im Falle eines allgemeinen Streiks oder einer Aussperrung die Kohlenförderung anordnen. Das haben nicht einmal die Brigaden des Generals Degoutte vermocht, als sie im Jahre 1923 den Ruhrbergbau zur Förderung der Reparationskohle pressen wollten. Wer darum die Förderung nicht stören und den

wirtschaftlichen Frieden im Ruhrrevier wieder herstellen will, der muss für eine Verständigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eintreten, für den darf es kein einseitiges Diktat geben.

Die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets hat bisher gezeigt, dass sie ohne jede ängstliche Rücksicht auf radikale Elemente von Verantwortungsbewusstsein erfüllt ist. Die grossen Bergarbeiterverbände sind gewillt, der besonderen wirtschaftlichen Notlage auch zu ihrem Teil Opfer zu bringen, aber natürlich nur die Grenzen, die für die Arbeiter gerade noch erträglich sind. Werden diese Grenzen überschritten, dann öffnet man einer politischen Radikalisierung eines grossen Teils der im Ruhrbergbau tätigen Arbeiterschaft Tür und Tor. Dass damit mindestens die Kommunisten rechnen, dafür liegen umfangreiche Beweise vor. Schon im September des vergangenen Jahres haben in langen Rundschreiben die Kommunisten im Ruhrgebiet auf die kommenden Lohnkämpfe im Sinne einer Politisierung hingewiesen. Sie haben schon damals, also schon vor einem Vierteljahr Streikführerkurse organisiert, zu denen sie sich bemühten, ausser ihren Funktionären auch parteilose Arbeiter und Arbeiter anderer politischer Richtungen heranzuziehen. Für jede Schachtanlage hatten sie im Oktober bereits Kampfausschüsse eingesetzt, deren Aufgabe es war, in der Belegschaft für einen politischen Massenstreik bei Ausbruch der Lohndifferenzen zu werben. In den Gewerkschaften erblicken die Kommunisten ihre schlimmsten Gegner. Deshalb haben sie die Gründung einer sogenannten Revolutionären Gewerkschafts-Opposition als einer Sonderorganisation, betrieben, deren Ziel angeblich ist, die "Passivität" der Gewerkschaftenbürokratie zu überwinden. Unter dem Vorwand, die Einheitsfront der Arbeiter zu schaffen, wühlen die Kommunisten mittels der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition gegen die vier alten Bergarbeiterverbände, die als "sozialfaschistisch" und "unternehmerseelig" von ihnen verschrien werden. Sie haben versucht, revolutionäre Vertrauensleute in den Betrieben zu gewinnen, die als besondere Aufgabe die ständige Erfassung und Beeinflussung der unorganisierten und daher wenig politisch geschulten Arbeiter haben. In grossen 20 und 30 Seiten umfassenden Rundschreiben aus den Monaten November und Dezember, die die kommunistische Bezirksleitung des Ruhrgebiets ihren Anhängern und Funktionären zugehen liess, wird immer wieder darauf hingewiesen, dass der allgemeine Lohnabbau in allen Industriekreisen für die Bergbauarbeiter besondere, d.h. politische Aufgaben schaffe. Die Entfachung von Bewegungen in einzelnen Betrieben wird als wichtiges Mittel zur Schürung der Erregung in Bergarbeiterkreisen dargestellt. Durch laufende Mitteilungen an die Belegschaften, durch Aufrufe bei lokalen Betriebsanlässen sollten die Kampfausschüsse ihre Arbeiten vorbereiten. Eine grosse politische Bewegung sollte vorbereitet und geschaffen werden. Ganz ausgesprochen stellten sich die Kommunisten die Aufgabe, die innergewerkschaftliche Front zu zerstören und zu sprengen, damit glauben sie ihr Ziel, die Entfachung eines allgemeinen Streikes mit politischem Charakter und politischen Zielen zu erreichen. Und auch aus dem über 30 seitigen eng bedruckten Rundschreiben des Monats Dezember geht klar hervor, dass der Bergarbeiterkampf, dass der wirtschaftliche Streik von den Kommunisten unter allen möglichen Parolen zu politischen Zwecken eindeutig ausgenutzt werden soll. Sie wollen auch unter der Formel "Kampf dem Young-Plan", das Signal zum politischen Angriff geben. Der Kampf soll als politischer Massenstreik entfesselt und gegen die Regierung Brüning, gegen die Preussenregierung und gegen alle politischen Parteien geführt werden. In diesem Rundschreiben der Kommunisten wird die Hoffnung ausgesprochen, dass dem Bergarbeiterstreik politische Massenstreiks nicht nur im westlichen Industriegebiet, sondern auch im ganzen übrigen industriellen Deutschland folgen werden. Dabei ist man sich klar, dass es zu Gewalttätigkeiten kommen muss und wird, dass der Kampf darum auch zu richten sei gegen den Staatsapparat, gegen die Polizei. Deshalb, so heisst es, - ich zitiere wörtlich - "muss in den Belegschaften der kühne Kampfgeist geschürt werden, die Bürgerkriegsrüstung der Polizei muss mit schärferen Massnahmen der Reviere beantwortet werden. Gründung von Betriebswehren sollen der demonstrative Ausdruck der Antwort der Massen sein."

Kein feiges Zurückweichen vor den staatlichen Ordnungshütern."

Seitenlang wird dann in dem letzterwähnten Rundschreiben ausgeführt, wie die Organisation im einzelnen zu gestalten ist, welche Fülle von Aufgaben unter die Anhänger und Funktionäre aufzuteilen ist. Zweck und Sinn aller Kampf-massnahmen sei der politische Massenstreik, der enden werde mit der Vernichtung aller Feinde der Kommunisten, im Betriebe wie auf der Strasse. Ueber die Art der Vernichtung wird nichts gesagt. Aber scheinbar wird nicht nur an eine politische Vernichtung gedacht. Die Zusammenstellung von Stossbrigaden, Erwerbslosenstaffeln, Betriebswehren lassen ohne weiteres darauf schliessen, das hierbei nicht nur an die Verwendung bei Streikvorbereitungen oder als Propagan datrups zur Streikwerbung gedacht wird.

All das zeigt klar die Pläne der Radikalen, die erhoffen, bei diesen Lohn und Tarifkämpfen die Bergbauarbeiterschaft des Ruhrgebietes vor den Wagen ihrer politischen von der Mehrheit abgelehnten Ziele spannen zu können. Sie wollen den politischen Streik, sie wollen blutige Auseinandersetzungen, weil sie erwarten, die Nutzniesser des dann eintretenden Chaos zu werden. Bis heute sind diese Versuche kläglich gescheitert. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist nicht im Sinne der Kommunisten revolutioniert, die Masse hat einen politischen Massenstreik abgelehnt, ist den tarifwidrigen Parolen keineswegs gefolgt. Die Arbeiterschaft weiss nur zu gut, dass die kommunistischen Parolen mit ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung nichts zu tun haben, dass die Befolgung dieser Parolen schliesslich nur das Elend und den Lohndruck vermehren würde. Darum ist die Agitation der Kommunisten ohne durchgreifenden Erfolg geblieben. Nun mühen sie sich, mit Gewalt einen Streik auszulösen, aber sie wissen bereits heute, dass auch diese Bemühungen ohnmächtig sind und an der Festigkeit der Arbeiter und an der Macht der staatlichen Sicherheitsorgane scheitern werden.

Trotzdem ist die politische Tragweite des Ruhrkonflikts sichtbar für die Unternehmer wie für die Arbeiter. Keiner von beiden hat ein Interesse daran, den Konflikt zu einem Streik, zu einem Kampf auswachsen zu lassen. Den Notwendigkeiten unserer politischen und wirtschaftlichen Lage muss hüben wie drüben Rechnung getragen werden. Wir können eine riesenhafte Machtprobe im Herzen unseres Industriegebietes heute weniger denn je ertragen. Deshalb dürfen weder Arbeiter noch Unternehmer diese Auseinandersetzung verquicken mit politischen Drohungen. Zu dieser Mahnung habe ich nicht nur als Polizeiminister, sondern auch als Kommunalminister das Recht und die Pflicht. Eine Störung im Produktionsprozess des Ruhrgebiets verringert nicht nur die Einnahmen des Reiches bei gleichzeitiger Steigerung der Ausgaben, diese üblen Folgen würden mit besonderer Schwere alle Gemeinden des Ruhrgebiets treffen. Schon heute haben die Gemeinden schwer zu ringen, um ihren Aufgaben besonders in der Wohlfahrts-pflege gerecht zu werden. Eine längere Arbeitsunterbrechung im Bergbau würde diesen Zweig der städtischen Aufgaben am härtesten drosseln und damit auch auf diese Weise das Los der ärmsten der Armen verschlechtern, gleichzeitig aber auch neuen Zündstoff schaffen.

Die friedliche Beendigung des Konfliktes im Ruhrgebiet ist darum ein Gebot politischer und wirtschaftlicher Vernunft. Ich hoffe zuversichtlich, dass Arbeiter wie Unternehmer nicht Heissspornen, sondern dieser Stimme der Vernunft Gehör schenken und Gefolgschaft leisten werden."

-----  
SPD. Köln, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Sicherheitsdienst der Reichsbahndirektion Köln hat in Krefeld einen Versicherungsbetrüger grossen Stils festgenommen. Der Mann nennt sich Charles Mackenzie Colton. Er will in England geboren sein und jetzt angeblich in Bolivia in Südamerika wohnen.

Der Betrüger wird bereits seit acht Jahren gesucht. Er gab in fast allen Weltstädten Gastspiele. Einmal lehte er in Kalkutta, kurz danach in Yokohama.

dann tauchte er in Kairo, in Athen, Konstantinopel und in anderen Grosstädten Europas und Deutschlands auf. Auf seinen Reisen versicherte er stets drei oder vier seiner einfachen Lederkoffer bei der englischen Agentur des Norddeutschen Lloyd in ungewöhnlicher Höhe auf Hunderte Pfund Sterling. Im Laufe der letzten acht Jahre hat er diese Agentur um ausserordentlich hohe Summen betrogen. Colton hat, soweit bis jetzt festgestellt ist, bei seinen Betrügereien 38 verschiedene Namen geführt. Seinen letzten Betrug versuchte er in den Septembertagen 1930 im Rheinland. In Koblenz hatte er zwei seiner Lederkoffer mit 4 000 Mark versichert. In Kreuznach gelang es ihm auf dem Bahnsteig, durch Uebertölpelung eines Packmeisters seine beiden Handkoffer ohne Gepäckschein zu erhalten. Er fuhr nach Assmannshausen und richtete von dort ein Schreiben an die Versicherung unter Beigabe des Gepäckscheins und der Angabe, sein Gepäck sei verloren gegangen. Wiederum wurde ihm die Versicherungssumme gezahlt. Erst nachträglich bekam die englische Agentur des Norddeutschen Lloyd Bedenken und ersuchte den Sicherheitsdienst der Reichsbahndirektion in Köln um Nachforschungen. Diese haben nun zur Festnahme des Betrügers geführt. Sein Vater, der bei den Betrügereien Mithilfe geleistet hatte, wurde in Krefeld verhaftet.

-----

SPD. Dresden, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Gau Sachsen, hat die Verbindlichkeitsklärung des vor einigen Tagen gefällten Schiedsspruches für die sächsische Metallindustrie beantragt. Er hatte den Schiedsspruch angenommen; die Arbeitgeber dagegen haben ihn abgelehnt. Die Nachverhandlungen finden am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium statt.

-----

SPD. Paris, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Gegen die Legende, die Joffre im Widerspruch zu der historischen Wahrheit zum "Sieger der "Marne", zum "Retter des Vaterlandes" gestempelt hat, erhebt am Montag der "Populaire" als einziges französisches Blatt seine Stimme. Er weist nach, dass "Plutarch auch wieder einmal gelogen" und dem toten Marschall eine Rolle zugeschrieben habe, die er in Wirklichkeit nicht gespielt hat. Nach der Darstellung des "Populaire" war es nicht Joffre, sondern Glliéni und Jules Guesde, die Paris von der drohenden Besetzung durch deutsche Heere gerettet haben. Der damalige Generalissimus der französischen Armee habe in den tragischen Septembertagen im Gegenteil die Hauptstadt dem Feinde preisgeben wollen und sich aufs entschiedenste einer Gegenoffensive an der Marne widersetzt. Erst in letzter Minute und auf Grund des kategorischen Befehls der Regierung habe er sich zur Verteidigung der Hauptstadt entschlossen, die er lediglich durch kampflose Uebergabe vor der Beschiessung und Zerstörung retten zu können geglaubt habe.

Keiner habe die Szenen beschrieben, stellt der "Populaire" fest, da Galliéni entrüstet in den Ministerrat hineingeplatzt sei und in höchster Aufregung die Verteidigung von Paris gefordert habe mit der Begründung, dass der Generalissimus systematisch jede Schutzmassnahme unterlassen habe. Die Regierung sei tagelang schwankend gewesen, bis in der entscheidenden überaus dramatischen Beratung Jules Guesde aufgesprungen sei und zitternd ausgerufen habe: "Die Hoffnung des Hauptquartiers, dass die kampflose Ueberlassung von Paris die Stadt schonen werde ist falsch. In dem Augenblick, da die feindlichen Truppen einmarschieren werden, wird es aus allen Fenstern der Pariser Arbeiterwohnungen schiessen und die deutschen Truppen werden die Stadt zur Strafe in Flammen stecken." Erst die Intervention des sozialistischen Ministers hat die Regierung zu bestimmen vermocht, gegen das Hauptquartier die Verteidigung von Paris anzuordnen, und dieser Beschluss habe automatisch die Schlacht an der

Marne zur Folge gehabt, in der die Armee Galliénis die entscheidende Rolle gespielt habe. Dieser Sachverhalt, so schreibt der "Populaire", sei bereits vor Jahren von Briand ausdrücklich bestätigt worden.

SPD. München, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Im bayerischen Pech-Kohlenbergbau wurde der Gesamtbelegschaft zum 17. Januar gekündigt. Die Bergwerksdirektion spricht in ihren Kündigungsschreiben von einer nur 14 tägigen Arbeitsruhe. Immerhin aber ist bei den riesigen Vorräten und den ungeheuren Absatzschwierigkeiten im bayerischen Bergbau kaum mit einer baldigen Wiederaufnahme der Arbeit zu rechnen.

SPD. Amsterdam, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Dem Internationalen Gewerkschafts-Bund waren Ende 1930 Verbände mit rund 13½ Millionen Mitglieder angeschlossen. Die Mitgliederzahl stieg 1930 um 1½ Millionen. Es schlossen sich dem Bund zwei neue Landeszentralen an, Finnland und Aegypten.

SPD. München, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Die bayerischen Textilbarone haben sich dem Raubzug ihrer ausserbayerischen Kollegen angeschlossen und für Nord- und Südbayern sämtliche Tarife gekündigt. Sie verlangen eine Lohnkürzung von nicht weniger als 15 Prozent. Ausserdem fordern sie eine unterschiedliche Behandlung der Männer- und Frauenlöhne, um die weiblichen Arbeitskräfte wieder besser ausbeuten zu können.

Die Betriebsräte der bayerischen Textilindustrie erhoben schärfsten Protest gegen diesen Raubplan und rufen zum geschlossenen Kampf gegen jeden beabsichtigten Lohnabbau auf.

SPD. Der Reichskanzler weilte am Montag auf seiner Reise in das Ostgebiet in Lauenburg und Rummelsburg, wo er von den Behördenvertretern über die wirtschaftliche Lage der betreffenden Gebiete unterrichtet wurde.

SPD. Amsterdam, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Montag kam es im Zentrum von Amsterdam zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei. Auf Veranlassung des kommunistischen Arbeitslosen-Agitationsausschusses versammelte Demonstranten versuchten in einem geschlossenen Zuge zum Rathaus vorzudringen, was die Polizei zu verhindern suchte. Als aus den Reihen der Demonstranten heraus schliesslich geschossen wurde, setzten sich die Beamten mit dem Säbel zur Wehr. Ein junger Demonstrant erhielt eine schwere Kopfwunde; mehrere Personen wurden verhaftet.

SPD. München, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Bayerischen Heimat- und Königsbund ist ein böser Streit ausgebrochen, der zeigt, dass auch in den Reihen dieser weissblauen Spiesser eine Bewegung zum Anschluss an das Hakenkreuz im Gange ist.

Eine Nürnberger Mitgliederversammlung des Bundes fasste eine ungewöhnlich scharfe Entschliessung gegen das vom Augsburger Bischof über den nationalso-

zialistischen Pfarrer Häuser verhängte Redeverbot. Dieser hakenkreuzlerische Seitensprung passte den der Bayerischen Volkspartei angehörigen katholischen Mitgliedern des Königsbundes nicht, weshalb ein angeblich prominentes Mitglied des Königsbundes im Namen der katholischen Mitglieder einen geharnischten Artikel gegen den Nürnberger Aussenseiter schrieb. Er sprach dabei von Beleidigung des katholischen Klerus durch "traurige Katholiken" und verlangte eine scharfe Stellungnahme der Bundesleitung. Es zeigte sich aber, dass der angeblich prominente Königsbündler ziemlich ohne Rückendeckung dasteht. Die Landesleitung des Bundes hat sich über den Nürnberger Vorfall beharrlich ausgeschwiegen. Lediglich die oberpfälzische Kreisleitung hat auf den Protest geantwortet, dabei aber nur ihr Bedauern darüber ausgesprochen, dass die Angelegenheit in der Öffentlichkeit behandelt worden ist.

Der offizielle Heimat- und Königsbund scheint also den Anschluss an das Hakenkreuz bereits vollzogen zu haben.

SPD. Dortmund, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Reichsarbeitsminister Stegerwald verhandelte am Montag in Dortmund im Büro des Schlichters für Westfalen mit den Tarifparteien im Ruhrbergbau. Die Besprechungen mit den Gewerkschaften dauerten drei Stunden. Sie werden am Dienstag um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr fortgesetzt. Um 6 Uhr abends empfing der Minister die Vertreter des Zechenverbandes.

SPD. Aachen, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

In mehreren Orten des Wurm-Reviere haben Kommunisten aus dem Ruhrgebiet in den letzten Tagen zahlreiche Versammlungen abgehalten, um auch im Wurm-Revier einen wilden Streik zu inszenieren. Ihre Bemühungen waren jedoch bis jetzt ohne Erfolg.

SPD. Dresden, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf Anfrage des "Dresdner Anzeigers" erklärte der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der Wirtschaftspartei, Obermeister Beier, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen Drewitz und Colosser sich nicht völlig hätten klarstellen lassen. Ehrenrührige Handlungen hätten Drewitz nicht nachgewiesen werden können. Der Prüfungsausschuss habe nicht das Verlangen, wohl aber die Bitte ausgesprochen, dass der gesamte Parteivorstand zurücktreten solle, weil man vor allem erreichen wollte, dass Drewitz nicht als Parteiführer die Klage gegen Colosser anstrengt, sondern sich in der die Partei nicht belastenden Stellung des Privatmannes befinden solle. Im übrigen sei der Wunsch der sächsischen und der thüringischen Wahlkreise seit längerer Zeit dahin gegangen, einen Wechsel in den leitenden Posten der Partei vorzunehmen.

+ + +  
Diese Erklärung lässt erkennen, dass der Krach in der Wirtschaftspartei mit dem Vertrauensvotum des Parteiausschusses für Drewitz noch keineswegs beendet ist. Das Durcheinander geht weiter!

SPD. Bochum, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Die von den Kommunisten entfachte wilde Aufstandsbewegung steht vor ihrem Zusammenbruch.

In der Mittagsschicht des Montag ist der Prozentsatz der Streikenden von 13,90 am Sonnabend auf 6,91 gefallen. Elf Schachtanlagen, auf denen am Montag

früh noch teilweise gestreikt wurde, arbeiten wieder voll. Teilstreiks sind noch in den Bezirken Krefeld, Dinslaken, Hamborn, Recklinghausen und Hamm zu verzeichnen. Ausständig sind noch die Zechen Diergard III mit 81 % der Belegschaft, Neumühl mit 79 %, Niederrhein mit 51 %, Friedrich Thyssen III mit 57 %, Friedrich Thyssen V/VIII mit 86 %, Beckerwerth mit 62 %, Lohberg mit 73 %, Westfalen mit 56 %.

Die Gesamtzahl der Streikenden betrug am Montag nachmittag 5007 gegen 10 349 am Sonnabend mittag.

SPD. Paris, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf eine einfachen Tragbahre gebettet, wurde am Montag die Leiche des Marschalls Joffre aus dem Krankenhaus in die Kapelle der Kriegsschule übergeführt. Nur wenige Familienmitglieder, sowie der Innenminister nahmen an der Ueberführung teil. Vor der Kriegsschule erwartete eine Abteilung der republikanischen Garde den toten Marschall. Die Kapelle, in der die Leiche aufgebahrt wurde, ist ganz in schwarz ausgeschlagen. In der Mitte, umgeben von hohen Kerzen, steht ein schmuckloses Feldbett mit blau-weiss-rotem Fahmentuch überdeckt. Darauf liegt der Marschall, in schwarze Pionier-Uniform gekleidet und geschmückt mit der Militärmedaille. Auf der Brust liegt sein Degen, dessen Knauf die gekreuzten Hände decken. Rund um die Bahre liegen 19 Kissen mit den Orden des Toten. Zu seinen Häupten sind die Fahnen der aufgelösten Kriegsregimenter in grossem Halbkreis aufgestellt worden.

SPD. London, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

In ungebrochener Kraft verharren die Bergarbeiter von Süd-Wales im Streik. Angesichts der von den Unternehmern geforderten Lohnherabsetzung, die nur eine Vorprobe für einen Generalabbau der Löhne wäre, besitzen die Walliser Ausständigen, deren Zahl täglich zunimmt, die ungeteilte Sympathie der gesamten Arbeiterschaft.

Am Montag verhandelten die Führer der Streikenden mit der englischen Regierung. Cook wies auf die erbitterte Stimmung der Bergarbeiter hin, die im vergangenen Monat zur Frage der Arbeitszeit bereitwillig auf den gesetzlich gewährleisteten  $7\frac{1}{2}$  Stundentag verzichtet hätten. Trotz dieses Opfers verlangten die Unternehmer jetzt noch einen Lohnabbau. Cook erklärte, wenn es der Regierung nicht bald gelinge, die Bergwerksbesitzer zur Vernunft zu bringen, so wäre es den Gewerkschaften unmöglich, die englischen Bergarbeiter von einem Generalstreik abzuhalten.

Die Regierung hat Vertreter der Bergwerkbesitzer für Dienstag nach London geladen. Die Bergarbeiterdelegationen bleiben bis auf weiteres ebenfalls in London, um das Ergebnis der Besprechungen zwischen Regierung und Bergwerksbesitzern abzuwarten.

SPD. Bombay, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Gandhi sass am Montag 8 Monate im Gefängnis. Aus diesem Grunde hatten die Hindus einen Trauertag festgesetzt, der zu einem Generalstreik für die Hauptstadt wurde. Die Moslems hatten sich ihm angeschlossen.

Angesichts der nahenden Entscheidung der englisch-indischen Konferenz herrscht zurzeit völliges Einverständnis zwischen Hindus und Mohammedanern.

SPD. Es ist kaum zu glauben, mit welchen Mitteln und Verdrehungen die Grubenunternehmer des Ruhrgebiets ihre politische Haltung in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen suchen. So wird beispielsweise in dem schwerindustriellen Sprachorgan der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung" vom 4. Januar folgendes berichtet :

"Wohl kaum jemals ist bei Lohnverhandlungen die gesamte Sachlage so klar und eindeutig gewesen, kaum jemals ist das von den Unternehmern vorgelegte Zahlenmaterial so wenig angezweifelt worden wie hier. Wenn sich trotzdem der Schlichter nicht entschliessen konnte, einen Schiedsspruch auf der Grundlage des Mindestsatzes von acht Prozent Lohnsenkung, der trotz seiner wirtschaftlichen Unzulänglichkeit schliesslich von den Unternehmern zugestanden ist, zu fällen, so müssen dafür einfach politische Direktiven massgebend gewesen sein, die ihm aus Berlin zugegangen sind, und die - höflich ausgedrückt - in befremdlichem Widerspruch zu den vor der Kohlenpreismässigung zwischen Regierung und Bergbau geführten Verhandlungen stehen."

Was die erwähnte Beweiskraft des Zahlenmaterials betrifft, so ist genau das Gegenteil richtig. Die Arbeitnehmervertreter waren es, die, gestützt auf die früheren Erhebungen und Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums und die, gestützt auf die Positionen des Schmalenbachgutachtens, einen einwandfreien Vergleich der Kostenentwicklung anstellen konnten. Dieser Kostenvergleich ergab jedoch das bekannte günstige Bild, das von den Unternehmern nicht widerlegt werden konnte. Während also die Arbeitnehmervertreter sich eingehend bemühten, auf der einzig möglichen objektiven Grundlage die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaus zu erforschen, lehnten die Unternehmer diese Vergleichsbasis ab. Statt dessen operierten sie mit Zahlen, deren Wert und Richtigkeit von einem Dritten nicht nachgeprüft werden konnte. Diese Sachlage und nicht die politischen Direktiven dürften wohl auch den Schlichter veranlasst haben, nicht für den Vorschlag der Unternehmer zu stimmen. Dass die Unternehmer sich überhaupt mit einer achtprozentigen Lohnsenkung zufrieden geben wollten, obwohl nach ihrer Meinung 20 Prozent Lohnabbau notwendig wären, beweist, wie wenig ernst ihre zahlenmässigen Angaben zu nehmen sind. Es bleibt daher die Frage "Was sollen derartig irreführende Nachrichten bezwecken?" Nun, dieser Zweck ist unschwer zu erkennen. Man droht der Regierung mit einem Misstrauensvotum und versucht somit die Lohnfrage mit den politischen Machtverhältnissen zu verquicken. Am Schluss des Berichtes der betreffenden Zeitung heisst es deshalb auch: "Das Kapital an Vertrauen, das man ihr (der Regierung) entgegengebracht hat, schmilzt merklich dahin. Es wird auch bei der Uhrindustrie durch zwei nicht erfüllte Regierungsversprechungen nicht eben erhöht werden."

Das ist eine offenkundige Drohung, die umso eigenartiger wirkt, als sie auf Voraussetzungen beruht, die nicht zutreffen, vielmehr in Darstellung und Schlussfolgerung der Unternehmenseite völlig entgegengesetzt sind.

-----

SPD. London, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

In einem grossen Teil der Lancashire-Baumwollindustrie ist die Arbeit am Montag eingestellt worden, da die Arbeiter sich weigern, die Einführung des neuen Arbeitssystems anzunehmen, nach dem ein Arbeiter statt vier acht Spindeln überwachen soll. Die Arbeiter sind gegen das neue System wegen der Belastung der Arbeiter und weil sie mit Recht als Folge dieses Systems Entlassungen befürchten. Falls es zu keiner Einigung in der für Dienstag angesetzten Zusammenkunft zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaftsvertretern kommt, ist mit einer Ausdehnung des Streiks auf die gesamte Baumwollindustrie zu rechnen. Davon würden 500 000 Arbeiter betroffen werden.

Die Zahl der gegenwärtig Streikenden beläuft sich auf ungefähr 3500.

-----

## Die Bürgersteuer.

Wer muss sie zahlen und wie wird sie eingezogen ?

SPD. Die Bürgersteuer ist endgültig durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 eingeführt worden. Sie wird zum ersten Mal für das Rechnungsjahr 1930 (1. April 1930 bis 31. März 1931) erhoben. Um nicht den ganzen Steuerbetrag mit einem Male zu erheben, soll die Bürgersteuer in zwei gleichen Teilbeträgen nach dem 10. Januar und nach dem 10. März eingezogen werden.

Unter welchen Voraussetzungen muss die Bürgersteuer entrichtet werden? Die Bürgersteuer wird erhoben, wenn sie von der Gemeinde beschlossen oder von der Aufsichtsbehörde eingeführt ist. Das trifft nicht für alle Gemeinden zu. In diesem Falle wird die Bürgersteuer nicht erhoben.

Wer ist bürgersteuerpflichtig? Die Bürgersteuer wird grundsätzlich von allen natürlichen Personen erhoben, die am 10. Oktober 1930 im Gemeindebezirk wohnten und an diesem Tage das 20. Lebensjahr erreicht oder überschritten hatten. Personen, die erst am 11. Oktober 1930 20 Jahre alt geworden sind, brauchen also für 1930 keine Bürgersteuer zu entrichten. Auch Ehefrauen sind steuerpflichtig, allerdings nur zur Hälfte des Betrages des Ehegatten.

Von dieser allgemeinen Steuerpflicht sind jedoch fünf Personenkreise befreit. So darf die Bürgersteuer nicht erhoben werden von Personen

1. die am Fälligkeitstag Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung empfangen,
2. die am Fälligkeitstag laufend öffentliche Fürsorge geniessen, insbesondere die Kleinrentner,
3. die am Fälligkeitstag Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung empfangen. Die Sozialrentner sind jedoch nur dann von der Bürgersteuer befreit, sofern ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 Reichsmark nicht übersteigt,
4. die am Fälligkeitstag eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes empfangen. Das sind also im wesentlichen die Kriegsbeschädigten; und schliesslich
5. die Personen, die am Stichtag (10. Oktober 1930) vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert waren oder bei denen an diesem Tage die Ausübung des Wahlrechts ruhte.

Zu den am 10. Oktober vom Wahlrecht ausgeschlossenen Personen zählen die Entmündigten und Bevormundeten oder die Personen, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hatten. Zu den Personen, für die die Ausübung des Wahlrechts ruhte, zählen vor allem die Angehörigen der Reichswehr und der Reichsmarine. Die steuerfreien Personen, die rechtlich in der Ausübung des Wahlrechts behindert waren, sind solche, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht waren, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene usw.

Zu den unter 1. bis 4. aufgezählten Befreiungen ist zu beachten, dass die Voraussetzungen der Befreiung am Fälligkeitstag der Bürgersteuer vorliegen müssen. Die Befreiung gilt nur für die am Fälligkeitstag zu entrichtende Rate. Bezieht z.B. ein Arbeitsloser am 10. Januar 1931 eine Arbeitslosenunterstützung, so ist die am 10. Januar fällige Bürgersteuerrate nicht einzuziehen. Das gleiche gilt für die Rate vom 10. März, wenn der Arbeitslose auch an diesem Tage eine Unterstützung empfängt. Empfängt der Arbeitslose nur am 10. Januar oder nur am 10. März eine Unterstützung, so ist er nur von der Entrichtung der betreffenden Rate zu befreien.

Wie hoch ist die Bürgersteuer? Für das Rechnungsjahr 1930 beträgt die Bürgersteuer für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 RM 6 Mark. Der Steuerbetrag ermässigt sich um die Hälfte 1. für die Personen, die einkommensteuerfrei sind. Alle Personen also, die nicht mehr als 1200 Mark im Jahre verdienen, zahlen nur 3 Mark Bürgersteuer. Die Ermässigung um die Hälfte gilt 2. für die Ehefrauen, sofern die Ehegatten nicht dauernd von

einander getrennt leben und der Ehemann zur Bürgersteuer herangezogen wird. Bei den Ehegatten bestimmt sich der für den Ehemann geltende Steuerbetrag nach dem Jahreseinkommen, das die Ehegatten zusammen haben.

Wie wird die Bürgersteuer eingezogen? Für die Lohn- und Gehaltsempfänger wird die Bürgersteuer im allgemeinen auf der Steuerkarte angefordert, die den Lohnsteuerpflichtigen bis zum 1. Januar zugegangen ist. Diese Einziehung, der für die Gemeinden bestimmten Bürgersteuer im Wege des Lohnabzuges lässt sich jedoch nicht allgemein durchführen. In vielen Fällen ist z.B. die Bürgersteuer von der Gemeinde erst beschlossen worden, nachdem die Vorbereitungen für die Ausstellung und Zusendung der Lohnsteuerkarten abgeschlossen waren. Darum wird in diesen Fällen die Bürgersteuer nicht vom Arbeitgeber im Wege des Lohnabzuges einbehalten und der einbehaltene Betrag wird nicht auf der Steuerkarte vermerkt. Die Einziehung der Bürgersteuer liegt dann den Gemeindebehörden ob.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wird die Bürgersteuer jedoch auf der Steuerkarte angefordert, und der Arbeitgeber ist verpflichtet, die am 10. Januar und 10. März 1931 fälligen Raten bei den auf den Fälligkeitstag folgenden Lohnzahlungstagen einzubehalten und an die Gemeindekasse abzuführen. Die Einbehaltung der vollen Rate würde aber bei Arbeitnehmern, die wöchentlich entlohnt werden, zu Härten führen. Um diese Härten zu vermeiden, sind die Arbeitgeber ermächtigt worden, bei wöchentlichen Lohnzahlungen den Abzug jeder der beiden Bürgersteuerraten auf mehrere Lohnzahlungen zu verteilen. Grundsätzlich soll bei wöchentlicher Lohnzahlung die Bürgersteuerrate auf zwei Lohnzahlungen verteilt werden. Statt eines einmaligen Abzuges von 3 Mark, bzw. 4,50 Mark (Verheiratete) kann ein zweimaliger Abzug in Höhe von je 1,50 Mark bzw. 2,25 Mark (Verheiratete) erfolgen.

Diese Regelung tritt jedoch dann nicht ein, wenn ein Arbeitnehmer vor Ablauf des 14tägigen Verteilungszeitraums aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet. Für diese Fälle ist vorgesehen, dass der Arbeitgeber den an der vollen Bürgersteuerrate noch fehlenden Betrag bei der letzten Lohnzahlung einzubehalten hat.

SPD. London, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Mohammed Ali, einer der bedeutendsten Vertreter der Mohammedaner auf der Indienkonferenz, ist am Montag in einem Londoner Hotel gestorben. Sein Tod ruft sowohl in England als auch in Indien grosse Teilnahme hervor.

Mohammed Ali war während des Krieges der am meisten von der englischen Regierung gefürchtete Führer der Kalifan-Bewegung und wurde infolgedessen bereits im Jahre 1915 interniert. 1920 wurde er zusammen mit seinem Bruder bei der englischen Regierung vorstellig, um gegen die harten Kriegsbedingungen, die der Türkei auferlegt worden waren, zu protestieren. Früher hatte er sich eine zeitlang Ghandis angenommen und dadurch dessen Ungehorsamsbewegung eine gewaltige Stütze geliehen. Der einflussreiche Mohammedaner, der der englischen Regierung so viel zu schaffen gemacht hat, war indessen einer der ersten, der die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen England und Indien einsah und nahm die Einladung des Vizekönigs zur Teilnahme an der Indienkonferenz an. Obwohl sein Gesundheitszustand bereits sehr bedenklich war, unternahm er die lange Reise und kämpfte bis zum letzten Atemzuge für das Recht der Mohammedaner in Indien.

Am Vorabend seines Todes diktierte Mohammed Ali einem Beamten des indischen Ministeriums, den ihm MacDonal auf seinen Wunsch gesandt hatte, ein politisches Testament über den Moslem-Indio-Konflikt, der bisher auf der Indienkonferenz das Haupthindernis zur Verständigung bildete.

SPD. Bombay, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

In Burma dauern die Kämpfe fort. Nach inoffiziellen Berichten wurden am Montag in den Distrikten Yamethin und Tharrawaddy etwa 50 Aufständische getötet und 250 verwundet.

# aus aller Welt

"Fröhliche Urständ" der Bockbiersaison.

Oberbayern in der Berliner Hasenheide - Tränen im Masskrug, Dialektsalat auf schweren Zungen und Dirndln am Arm - Wenn der wilde Föhn heult und die Osräm-Alpen glühn....

SPD. Wissen Sie, womit der Berliner Kleinbürger das neue Jahr beginnt? Mit dem Bockbierfest! Das ist, wenigstens so, wie es die Reichshauptstadt feiert, eine höchst eigenstämmige, höchst berlinische Erfindung, wenn auch der Weg zum Urbock durch die Pappkulissen einer anderen als berlinischen Welt geht. Da rauscht es nur so von bayerischen Blechkapellen, weiss gekleideten Madeln, schneeglitzernden Bergriesen und einem so fabelhaften Alpenglühen, dass dem Publikum vor Begeisterung die Tränen in die Masskrüge zu fallen beginnen. Die höchste Gaudi aber ist das Schmoren eines Ochsen, der am Spiess gebraten und dann den Interessenten zur weiteren Erledigung übergeben wird.

Bockbier erhält man überall, aber die wahre Bockstimmung mit Rutschbahnen und der "Besteigung der Jungfrau" ist nur in der Hasenheide anzutreffen. Da sitzt man an langen Tischreihen, den Masskrug vor sich, versucht zu jodeln und kommt doch nicht über den Berliner Dialekt hinweg. Die "Madeln" bemühen sich krampfhaft, unverfälschte Münchener Töne von sich zu geben, aber das Experiment misslingt kläglich, wenn die "Dirndln", die eigentlich "Mädchens" von der Spree sind, improvisiert in Ekstase geraten. So eine Dressur auf Münchenerisch hat schon ihre Schwierigkeiten. "Nu geans, Herr Nachbar-, noch an Bock-" "Nee, Kleene, mecker doch nicht so velle, jetzt kommst Du schon zum siebten Mal, n'bischen mehr diskrete Bedienung, wenn ick bitten darf-!" Worauf die original-bayerische Maid vor Aerger ganz rot wird, sich brüsk abwendet und vor sich murmelt: "Oller Dussel, auf so'ne Kavaliere bin ich schon lange scharf-"

Die Kapellen scheinen echt zu sein. Wenigstens, was ihren Durst angeht. Der Kapellmeister mit einem kessen Hütchen und dem obligaten Rasierpinsel auf dem Schädel kargt nicht mit Elchzähnen, malerischen Hornknöpfen und geheimnisvollen Verdienstmedaillen, die ihm eine wirklich martialische Figur geben. Da er schrecklich schwitzt, hat er sich die Aermel hochgekremgelt und versichert nun mit schon bierheiserer Stimme, dass die Kapelle unentwegt über einen riesigen Durst verfüge, worauf jemand voll Mitleid eine Lage schmeisst, die mit einem so grimmigen Blasen und Schmettern quittiert wird, dass die Pappberge zu schaukeln beginnen und selbst das Alpenglühen, bestehend aus vier lichtstarken Osrambirnen, in Unordnung gerät.

Ja, dieses Alpenglühen, das hat es in sich! Da bleibt kein Auge tränenleer. Vor so viel kitscherprobter Romantik muss selbst das Haus der Vaterländer, Kempinski am Potsdamer Platz, die Waffen strecken. Das donnert, glüht und zischt, als ob die Welt untergehen sollte. Der Föhn heult, den man sich aus einer Windmaschine so naturecht zieht, dass die Damen unwillkürlich zu frösteln beginnen. Im Hintergrund zieht ein grausames Gewitter auf, das die bayerische Buam-Kapelle mit einem diskreten Trommelwirbel sinnvoll zu unterstreichen versteht. Während oben der Papierschnee vor Schmerz über so viel Naturereignisse zu erröten beginnt, fängt man unten im Tal an zu singen. Man singt nicht schön, aber man singt laut und mit einer so bierseligen Begeisterung, dass ein donnerähnlicher Beifallssturm des Publikums die Osrambirnen erlöschen lässt.

einander getrennt leben und der Ehemann zur Bürgersteuer herangezogen wird. Bei den Ehegatten bestimmt sich der für den Ehemann geltende Steuerbetrag nach dem Jahreseinkommen, das die Ehegatten zusammen haben.

Wie wird die Bürgersteuer eingezogen? Für die Lohn- und Gehaltsempfänger wird die Bürgersteuer im allgemeinen auf der Steuerkarte angefordert, die den Lohnsteuerpflichtigen bis zum 1. Januar zugegangen ist. Diese Einziehung, der für die Gemeinden bestimmten Bürgersteuer im Wege des Lohnabzuges lässt sich jedoch nicht allgemein durchführen. In vielen Fällen ist z.B. die Bürgersteuer von der Gemeinde erst beschlossen worden, nachdem die Vorbereitungen für die Ausstellung und Zusendung der Lohnsteuerkarten abgeschlossen waren. Darum wird in diesen Fällen die Bürgersteuer nicht vom Arbeitgeber im Wege des Lohnabzuges einbehalten und der einbehaltene Betrag wird nicht auf der Steuerkarte vermerkt. Die Einziehung der Bürgersteuer liegt dann den Gemeindebehörden ob.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wird die Bürgersteuer jedoch auf der Steuerkarte angefordert, und der Arbeitgeber ist verpflichtet, die am 10. Januar und 10. März 1931 fälligen Raten bei den auf den Fälligkeitstag folgenden Lohnzahlungstagen einzubehalten und an die Gemeindekasse abzuführen. Die Einbehaltung der vollen Rate würde aber bei Arbeitnehmern, die wöchentlich entlohnt werden, zu Härten führen. Um diese Härten zu vermeiden, sind die Arbeitgeber ermächtigt worden, bei wöchentlichen Lohnzahlungen den Abzug jeder der beiden Bürgersteuerraten auf mehrere Lohnzahlungen zu verteilen. Grundsätzlich soll bei wöchentlicher Lohnzahlung die Bürgersteuerrate auf zwei Lohnzahlungen verteilt werden. Statt eines einmaligen Abzuges von 3 Mark, bzw. 4,50 Mark (Verheiratete) kann ein zweimaliger Abzug in Höhe von je 1,50 Mark bzw. 2,25 Mark (Verheiratete) erfolgen.

Diese Regelung tritt jedoch dann nicht ein, wenn ein Arbeitnehmer vor Ablauf des 14tägigen Verteilungszeitraums aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet. Für diese Fälle ist vorgesehen, dass der Arbeitgeber den an der vollen Bürgersteuerrate noch fehlenden Betrag bei der letzten Lohnzahlung einzubehalten hat.

SPD. London, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

Mohammed Ali, einer der bedeutendsten Vertreter der Mohammedaner auf der Indienkonferenz, ist am Montag in einem Londoner Hotel gestorben. Sein Tod ruft sowohl in England als auch in Indien grosse Teilnahme hervor.

Mohammed Ali war während des Krieges der am meisten von der englischen Regierung gefürchtete Führer der Kalifan-Bewegung und wurde infolgedessen bereits im Jahre 1915 interniert. 1920 wurde er zusammen mit seinem Bruder bei der englischen Regierung vorstellig, um gegen die harten Kriegsbedingungen, die der Türkei auferlegt worden waren, zu protestieren. Früher hatte er sich eine zeitlang Ghandis angenommen und dadurch dessen Ungehorsamsbewegung eine gewaltige Stütze geliehen. Der einflussreiche Mohammedaner, der der englischen Regierung so viel zu schaffen gemacht hat, war indessen einer der ersten, der die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen England und Indien einsah und nahm die Einladung des Vizekönigs zur Teilnahme an der Indienkonferenz an. Obwohl sein Gesundheitszustand bereits sehr bedenklich war, unternahm er die lange Reise und kämpfte bis zum letzten Atemzuge für das Recht der Mohammedaner in Indien.

Am Vorabend seines Todes diktierte Mohammed Ali einem Beamten des indischen Ministeriums, den ihm MacDonalld auf seinen Wunsch gesandt hatte, ein politisches Testament über den Moslem-Indio-Konflikt, der bisher auf der Indienkonferenz das Haupthindernis zur Verständigung bildete.

SPD. Bombay, 5. Januar (Eig. Drahtb.)

In Burma dauern die Kämpfe fort. Nach inoffiziellen Berichten wurden am Montag in den Distrikten Yamethin und Tharrawaddy etwa 50 Aufständische getötet und 250 verwundet.

# Aus aller Welt

"Fröhliche Urständ" der Bockbiersaison.

Oberbayern in der Berliner Hasenheide - Tränen im Masskrug, Dialektsalat auf schweren Zungen und Dirndl am Arm - Wenn der wilde Föhn heult und die Osram-Alpen glühn....

SPD. Wissen Sie, womit der Berliner Kleinbürger das neue Jahr beginnt? Mit dem Bockbierfest! Das ist, wenigstens so, wie es die Reichshauptstadt feiert, eine höchst eigenständige, höchst berlinische Erfindung, wenn auch der Weg zum Urbock durch die Pappkulissen einer anderen als berlinischen Welt geht. Da rauscht es nur so von bayerischen Blechkapellen, weissgekleideten Madeln, schneeglitzernden Bergriesen und einem so fabelhaften Alpenglühn, dass dem Publikum vor Begeisterung die Tränen in die Masskrüge zu fallen beginnen. Die höchste Gaudi aber ist das Schmoren eines Ochsens, der am Spiess gebraten und dann den Interessenten zur weiteren Erledigung übergeben wird.

Bockbier erhält man überall, aber die wahre Bockstimmung mit Rutschbahnen und der "Besteigung der Jungfrau" ist nur in der Hasenheide anzutreffen. Da sitzt man an langen Tischreihen, den Masskrug vor sich, versucht zu jodeln und kommt doch nicht über den Berliner Dialekt hinweg. Die "Madeln" bemühen sich krampfhaft, unverfälschte Münchener Töne von sich zu geben, aber das Experiment misslingt kläglich, wenn die "Dirndl", die eigentlich "Mädchens" von der Spree sind, improvisiert in Ekstase geraten. So eine Dressur auf Münchenerisch hat schon ihre Schwierigkeiten. "Nu geans, Herr Nachbar-, noch an Bock-" "Nee, Kleene, mecker doch nich so velle, jetzt kommst Du schon zum siebten Mal, n'bischen mehr diskrete Bedienung, wenn ick bitten darf-!" Worauf die original-bayerische Maid vor Aerger ganz rot wird, sich brüsk abwendet und vor sich hinhurmelt: "Oller Dussel, auf so'ne Kavaliere bin ich schon lange scharf-"

Die Kapellen scheinen echt zu sein. Wenigstens, was ihren Durst angeht. Der Kapellmeister mit einem kessen Hütchen und dem obligaten Rasierpinsel auf dem Schädel kargt nicht mit Elchzähnen, malerischen Hornknöpfen und geheimnisvollen Verdienstmedaillen, die ihm eine wirklich martialische Figur geben. Da er schrecklich schwitzt, hat er sich die Aermel hochgekrempt und versichert nun mit schon bierheiserer Stimme, dass die Kapelle unentwegt über einen riesigen Durst verfüge, worauf jemand voll Mitleid eine Lage schmeisst, die mit einem so grimmigen Blasen und Schmettern quittiert wird, dass die Pappberge zu schaukeln beginnen und selbst das Alpenglühn, bestehend aus vier lichtstarken Osrambirnen, in Unordnung gerät.

Ja, dieses Alpenglühn, das hat es in sich! Da bleibt kein Auge tränenleer. Vor so viel kitscherprobter Romantik muss selbst das Haus der Vaterländer, Kempinski am Potsdamer Platz, die Waffen strecken. Das donnert, glüht und zischt, als ob die Welt untergehen sollte. Der Föhn heult, den man sich aus einer Windmaschine so naturecht zieht, dass die Damen unwillkürlich zu frösteln beginnen. Im Hintergrund zieht ein grausames Gewitter auf, das die bayerische Buam-Kapelle mit einem diskreten Trommelwirbel sinnvoll zu unterstreichen versteht. Während oben der Papierschnee vor Schmerz über so viel Naturereignisse zu erröten beginnt, fängt man unten im Tal an zu singen. Man singt nicht schön, aber man singt laut und mit einer so bierseligen Begeisterung, dass ein donnerähnlicher Beifallssturm des Publikums die Osrambirnen erlöschen lässt.

Durch eine technische Störung wird das Naturereignis für einige Minuten unterbrochen, die man dazu benutzt, die geleerten Biergläser wieder aufzufüllen. An einer Saalecke kommt es zu einem stürmischen Tumult, weil einem der An-dächtigen bei dem Alpenglücken die Garderobe abhandeln gekommen sein soll. Er verlangt Schadenersatz und wird von handfesten Naturkindern mehr oder weniger behutsam auf den Gang geführt. Nach dieser undelikatsten Störung nimmt die Natur wieder ihren freien Lauf.

In allen Sälen feiert die Bockbierstimmung "fröhliche Urstände". Im fröhlichen Weinberg hört man die Lorelei schluchzen, die sich allerdings nicht schämt, statt des edlen Rheinweins Urbock zu trinken. Gefährliche Situationen können entstehen, wenn animierte Besucher auf den Gedanken kommen, sich auf eigene Faust durch das pappene Landschaftspanorama einen Weg zu bahnen. So war die märkische Kiefernlandschaft für Minuten durch drei bereits unmässig alkoholisierte Jünglinge, die versuchten, mit langen Scheren der Dekoration zu Leibe zu rücken, ernstlich gefährdet,

Besonders herzig sind die Inschriften, die den Bergsteiger auf seiner kühnen Bockbierwanderung überraschen. Beim Gang auf die Jungfrau wird einem warnend mitgeteilt: "Das Besteigen der Jungfrau in der Nacht, hat schon manchem Kummer und Kosten gebracht!" Oder man liest einen äusserst kräftigen und nicht all zu gefühlvollen Nachruf auf einen gewissen Anton Pimpelmoos, in dem es heisst: "Hier ruht Anton Pimpelmoos - ein Ochsenstoss öffnete ihm den Himmelschoss! Wanderer, der Du vorübergehst, trink drei Mass auf dieses Rabenaas--" Selbstverständlich, dass auch aus voller "Bauernkraft" mit einem Temperament geschuhplattlert wird, das mit zunehmendem Alkoholkonsum lebensgefährliche Formen anzunehmen droht. Ein Chaplin, der sich in dieses bajuvarische Milieu verirrt hat, macht kugelrunde Augen, trägt aber trotzdem mit gottergebenem Humor zur Verschönerung des Abends bei. Nicht zu vergessen die Unermüdlichen, die Radis und Erinnerungskettchen an die Neuköllner Hochalpen verkaufen. Am späten Abend wanken dann die Bockbierenthusiasten nach Hause, reden halb münchenerisch und halb berlinisch und sind sich am Schluss dieser ereignisreichen Tour völlig darüber im Unklaren, zu welchem Völkerstamm sie nun eigentlich gehören. Und das Finale ist etwas kurios: "Sakra, Mensch, wat meene Olle wohl zu meinem Affen sagen wird - !"

Zwanzigjähriger im Schlaf erfroren. Der 20 jährige Student Brenning aus Berlin-Mariendorf wurde in der Nähe des Ortes Freiheit im tschechischen Teil des Riesengebirges tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, dass Brenning, der als Pfadfinderführer eine Gruppe von 12 Berliner Pfadfindern im Riesengebirge begleitete, im Schlafe erfroren sein muss. Brenning wurde seit dem 30. Dezember vermisst. Er hatte sich bei einer Skitour zur kleinen Toppelbaude von seinen Begleitern getrennt und konnte nicht mehr aufgefunden werden. Offenbar war er plötzlich müde geworden und ist dann beim Ausruhen eingeschlafen und erfroren.

Die Abenteuer der Babyfliegerin. Die 21 jährige englische Fliegerin Amy Johnson hat mit ihrem Flug von London nach Peking scheinbar nicht viel Glück. Ihrer ersten Notlandung auf der Strecke Köln-Berlin folgte eine zweite auf dem Weiterflug nach Warschau in der Nähe des polnischen Dorfes Krasnosielk. Hierbei wurde die Maschine etwas beschädigt, Amy Johnson blieb unverletzt.

Millionenschwindel in Düsseldorf. Auf Veranlassung des Konkursverwalters der Düsseldorfer Versicherungsagentur Bergmann & Co., der die Tochterfirma Kalle & Bergmann unterstellt ist, wurden der Inhaber und der Geschäftsführer dieser Firmen verhaftet. Der Kaufmann Johann Ernst Bergmann, der als vorzüglicher Versicherungsfachmann galt und in den industriellen Kreisen Westdeutsch-

lands grösstes Ansehen genoss, steht ebenso wie sein Geschäftsführer im Verdacht des Konkursverbrechens. Bei einer Haussuchung ist eine ganze Aktentasche mit gefälschten Wechseln gefunden worden. Ausserdem scheinen sämtliche Bücher und Kundenkonten gefälscht, bezw. fingiert zu sein. Der angerichtete Schaden, der in erster Linie drei grossen Banken Düsseldorfs und einer norddeutschen Privatbank zugefügt worden ist, scheint sich auf über 1,5 Millionen zu belaufen. Bei der in den Büchern herrschenden Unordnung dürften noch Wochen vergehen, ehe ein genauer Ueberblick möglich ist.

+ + +  
Elli Beinhorns Westafrikaflug. Auf dem Flugplatz Stuttgart landete mit ihrem 40 PS-Klemmflugzeug die deutsche Sportfliegerin Elli Beinhorn, die sich zurzeit auf einem Fluge Berlin-Bissao (Westafrika) befindet. In Bissao will die Pilotin, die beabsichtigt, etwa drei bis fünf Monate in Afrika zu bleiben, mit der Expedition der deutschen Forscher Bernatzki und Strupp zusammen treffen, um an dieser Expedition mit ihrer Maschine aktiv teilzunehmen.

+ + +  
Panik im Theater. Auf der Bühne eines Theaters in Manchester (England) ereignete sich während der Vorstellung eine Explosion. Obwohl niemand verletzt wurde, brach im Zuschauerraum eine Panik aus. Beim Kampf um die Ausgänge wurden mehrere Personen schwer verletzt.

+ + +  
Neues Domela-Urteil. Wegen einer im Oktober vorigen Jahres verübten Schwindelerei wurde Harry Domela vom Schöffengericht Nürnberg zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüsst sind. In seinem Verhör gab Domela an, dass er an seinem bekannten Buch zwar 15 000 Mark verdient habe, davon aber keinen Pfennig mehr besitze. Der von Domela an einem Baumeister verübte Betrug, bei dem es sich um einen Betrag von 20 Mark handelt, wurde vom Gericht als Notbetrug angesehen.

+ + +  
Rockefellers Weihnachtsbesuch. Wie aus New York berichtet wird, wurde J.D. Rockefeller, als er mit seiner Familie am Weihnachtsabend bei seiner Abendmahlzeit sass, durch Polizeibeamte, die dringlichst Einlass begehrten, unliebsam gestört. Diese Beamten behaupteten, dass J.D. Rockefeller an eben diesem Abend, auch ohne namentlich gedruckte Einladungskarten ausgesandt zu haben, der Gastgeber von vier aus dem nahen Ostgefängnis ausgebrochenen Sträflingen sei. Trotzdem Schnee lag und trotz intensiver, während der ganzen Weihnachtsnacht fortgesetzter Polizeistreifen konnten die vier Ausbrecher, die offenbar auch Bedürfnis nach Weihnachtsferien verspürten, auf dem weiten Parkgelände nicht ausfindig gemacht werden. Zwei von den vier Ausbrechern sind Verbrecher, die schon ihr halbes Leben hinter Gefängnismauern verbracht haben. Die beiden anderen sind harmlosere Wegelagerer jüngerer Jahrgänge. Sie hatten die weihnachtliche Sorglosigkeit der Wächter dazu benutzt, sich in die Sanitätsstation einzuschleichen, hatten dort die eisernen Fensterbarren durchgebogen und waren dann über die Parkmauer ihres berühmten Nachbarn geturnt.

+ + +  
Den Schwiegervater ermordet. In Mainz tötete der 29jährige Kaufmann Karl Ebling den Photographen Ferdinand Metz, den Vater seiner Braut, durch vier Messerstiche. Nach der Tat wollte Ebling bei Biebrich Selbstmord durch Ertränken im Rhein verüben, wurde jedoch im letzten Augenblick daran gehindert. Das Motiv des Mordes ist in anormalen Neigungen des Schwiegervaters zu sehen, dessen Art dem Täter und der Familie der Braut allmählich unerträglich geworden war.

+ + +  
Leichenfund auf den Eisenbahnschienen. Auf den Eisenbahnschienen in der Nähe von Dünkirchen fand man die verstümmelte Leiche einer Frau und zehn Meter davon entfernt die Leiche eines Mannes, dem der Kopf abgefahren war. Es ist nicht bekannt, ob es sich um einen Unfall oder ein Verbrechen handelt.

# Wirtschaft Technik Handel

Dunkle Einflüsse.

-----  
Hat Herr Petscheck irgendwie seine Hand im Spiele?

SPD. Im Ruhrrevier und auch im sächsischen Steinkohlengebiet (Lugau-Oelsnitz) ist es den Kommunisten und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gelungen, die Erbitterung der Bergarbeiter über den beabsichtigten Lohnraub auszunutzen und Teile der Belegschaften in einen wilden putschistischen Streik zu treiben. Die ganze Bewegung hat in erster Linie politisches Interesse. Der Prozentsatz der Belegschaften, der der kommunistischen Agitation und dem kommunistischen Terror unterliegt, ist vorläufig nicht von wirtschaftlicher Bedeutung. Die Bewegung dürfte auch in Sachsen bald zurückgehen, wie sie im Ruhrgebiet im Anfang der neuen Woche nachgelassen hat. Und doch sind die Blicke der Wirtschaft auf die Steinkohlenreviere gerichtet. Die Börse hat auch am Montag eine Kursaufbesserung der Montanpapiere gebracht. Wie es heisst, als Folge der Streiklage in England. Aber man weiss, dass die Bewegung im Ruhrrevier und im Revier von Lugau-Oelsnitz die Kursaufbesserung der Braunkohlenpreise am Montag ebenso sehr, wenn nicht mehr beeinflusst hat als die Ereignisse im englischen Kohlenrevier. Wer irgendwie an der Braunkohle interessiert ist, erwartet von einem Anschwellen der Bewegung, von einem längeren Streik in den Steinkohlenrevieren eine ähnliche Wendung, wie sie nach der Krise im Jahre 1926 durch den grossen englischen Bergarbeiterstreik eingetreten ist.

Mit anderen Worten: Die Braunkohle sieht den Streik in den Steinkohlenrevieren nicht ungern. Das ist vom Standpunkt des Aktionärs und des Dividendenempfängers aus verständlich. Wenn in der Steinkohle nicht gefördert wird, wenn sich in der Steinkohle die Räder nicht drehen und die Kohle von den Halden, die nach Millionen Tonnen zählt, nicht abtransportiert werden kann, dann blüht der Weizen der Braunkohle. Die Braunkohle hat es diesmal aber nötig. Die Stapelvorräte werden allein für das Ostelbische Syndikat mit ungefähr 1 Million Tonnen angegeben. Das ist unerhört hoch. Die Braunkohle kannte jahraus und jahrein keine Stapelvorräte. Sie war es nur gewohnt, dass Nachfrage da war und hat sich bisher um ihren Absatz nicht zu kümmern brauchen. Der Verkauf der Braunkohle war - glückliche Zeit! - ein Ding, das sich von selbst erledigte. Auch die Preissenkung hielt z.B. das Ostelbische Syndikat für eine überflüssige Angelegenheit und machte durch Schliche und Tricks den unter Druck der Öffentlichkeit zugestandenen Preisnachlass illusorisch. Nun hat man die Produktion in der Braunkohle bereits seit Wochen gedrosselt. Man hat Entlassungen vorgenommen und wird, trotz gegenteiliger Versprechungen um die Weihnachtszeit, weitere Entlassungen vornehmen müssen. Im Bezirk von Senftenberg allein sollen 2 000 Mann vor der Kündigung stehen. Der Absatz wurde beim Ostelbischen Syndikat Ende Dezember auf 30 % der Produktion geschätzt. Man kann es schon verstehen, wenn die Braunkohle einen Streik in den Steinkohlenrevieren nicht ungern sieht, wenn man gewissermassen mit der Bewegung in den Steinkohlenrevieren sympathisiert. Und in unterrichteten Kreisen will man wissen, dass man dieser Sympathie auch anderweitig Ausdruck gegeben hat. In diesem Zusammenhang wird der Name des Braunkohlenindustriellen Petscheck genannt.

Das erscheint nicht ausgeschlossen. Man macht gerade in der ostelbischen Braunkohle Petscheck für die gegenwärtige katastrophale Absatzlage verantwortlich, weist auf seine Machenschaften als Händler hin. Jedenfalls könnte ein

steigender Absatz in der ostelbischen Braunkohle und auch in der oberschlesi-  
schen Steinkohle, wo Petschek ebenfalls interessiert ist, durch eine Entblös-  
sung des Marktes von Ruhrkohle ihn über zahlreiche Schwierigkeiten hinweghel-  
fen. Man sagt Petschek nach, dass er vor dem Kriege den böhmischen Bergarbeiter-  
streik finanzierte, weil er damals entsprechende langfristige Lieferungsverträ-  
ge aus anderen Revieren hatte. Ohne Zweifel hat Petschek auch 1927 den mittel-  
deutschen Bergarbeiterstreik vom Zaun gebrochen, um bei den in Frage kommenden  
Stellen der deutschen Kohlenwirtschaft höhere Preise zu erzwingen. Möglich ist  
schon, dass Petschek diesmal mit denselben Karten spielt. Vieles, was in der  
deutschen Oeffentlichkeit in den Jahren seit dem Zusammenbruch unverstündlich  
und unerklärlich geblieben ist, erklärt sich erst aus derartigen Einflüssen und  
zweifellos wird nach so und soviel Jahren, wenn die Akten offen liegen, die Oef-  
fentlichkeit staunen, wie stark derartige Einflüsse gewesen sind.

Auch von diesem Standpunkt muss die putschistische Bewegung in den Stein-  
kohlenrevieren betrachtet werden. Man hört wohl den Schreier, der zum wilden  
Streik auffordert, aber man weiss nicht, wer hinter ihm steht. Vorsicht ist al-  
so geboten! Um dunkle und fremde Einflüsse auf den Lohnkampf der Bergarbeiter  
auszuschalten, muss den Parolen der Gewerkschaften unbedingt Folge geleistet  
werden. Wenn es soweit ist, werden die Gewerkschaften schon das tun, was die Si-  
tuation gebietet. Dann heisst es aber: seinen Mann stehen!

Die Bergarbeiter sind nicht dafür da, dass sie ihre Haut für Dividenden-  
und Aktionärsinteressen zu Markte tragen.

SPD. Der Enqueteausschuss hat versucht, im Rahmen einer grossen Erhe-  
bung der inneren Verflechtung der deutschen Wirtschaft näherzukommen, wobei vor  
allem die sachliche und räumliche Verflechtung der verschiedenen Wirtschafts-  
gruppen und Wirtschaftsgebiete in den Vordergrund gestellt wird.

Die sachliche Verflechtung erscheint in horizontaler und vertikaler Rich-  
tung. Die horizontale Verflechtung, also die Bildung von Kartellen und Konzernen  
wird wegen der bereits hierüber angestellten Untersuchungen nur summarisch dar-  
gestellt, während die sogenannte vertikale Verflechtung, d.h. die gegenseitige  
Abhängigkeit der verschiedenen Wirtschaftszweige voneinander, sehr eingehend  
behandelt wird. Wesentlich ist die Feststellung des Untersuchungsausschusses,  
dass diese innere Verflechtung unserer Wirtschaft ganz besonders für die Preis-  
politik zutrifft, deren Wechselfeitigkeits in diesen Wochen des Preiskampfes  
auf allen Gebieten von ganz besonderer aktueller Bedeutung ist. Sehr auf-  
schlussreich ist auch der Abschnitt über die räumliche Verflechtung, der auf-  
zeigt, dass jedes Wirtschaftsgebiet, sei es industrieller oder agrarischer Na-  
tur, zugleich gebender und nehmender Teil in der Volkswirtschaft ist. Diese  
Feststellungen sollten sich besonders die Vertreter derjenigen Bezirke und Lan-  
desteile in Deutschland zu eigen machen, die seit Jahren infolge wirtschaftliche-  
Schwierigkeiten einen Sonderanspruch auf staatliche Subventionen erheben.

Das wesentlichste Ergebnis der vorliegenden Untersuchung, das wichtigste  
lohnpolitische Folgerungen in sich schliesst, ist aber die Herausarbeitung des  
Verhältnisses zwischen Binnenmarkt und Aussenmarkt. Es zeigt sich hier, dass re-  
gelmässig 80 - 90 % der deutschen Produktion im Inlande abgesetzt werden. Das  
Schwergewicht der deutschen Wirtschaft liegt also, was von unsrer Seite immer  
wieder hervorgehoben worden ist, in einem kaufkräftigen Inlandsmarkt, auf dessen  
gesunder Grundlage sich erst der Auslandsmarkt gedeihlich entfalten kann.

SPD. Der Kalidividende wird die schlimme Krise des hinter uns liegenden Jahres nichts ausmachen können. Das ist die Auffassung der Gebr. Dammann Bank in Hannover, die seit langem hervorragend in der Kaliindustrie tätig ist. Nach ihr dürften die Dividenden und Ausbeutezahlungen des vorigen Jahres aufrecht erhalten werden können. Die Verwaltungen würden auch schon aus Prestige Gründen ihren Aktionären keine Enttäuschungen bereiten. Das ist sehr gut gesagt, während man sich auf der andern Seite im Lohnabbau nicht genug tun kann. Ob man den Arbeitern Enttäuschungen bereitet, scheint ziemlich gleichgültig zu sein.

Die Produktion wird mit 13,56 Millionen Doppelzentner Reinkali angegeben gegenüber 14,014 Millionen dz. im Vorjahr.

---

SPD. Der Kreugerkonzern, der vor allem mit amerikanischem Geld arbeitet und in der Erzförderung, der Zündholzproduktion, aber auch in der Vermittlung von internationalen Anleihen tätig ist, verteilt wie im Vorjahr eine Dividende von 15 %. Zu gleicher Zeit wird bekanntgegeben, dass das Mammutunternehmen sein Kapital um 200 Millionen Mark erhöht. Die Mittel werden nur zum kleinsten Teil zum Ausbau der Produktionsunternehmungen dienen. Den grösseren Teil wird man dazu verwenden, die in den letzten Jahren gewährten Anleihen (dazu auch die deutsche Zündholzanleihe von rund 500 Millionen Mark) zu fundieren.

---

SPD. Den Kommunisten und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es gelungen, Teile der Belegschaften im sächsischen Steinkohlenrevier in den Streik zu treiben. In dem Bezirk Lugau-Oelsnitz sind rund 20 000 Mann beschäftigt. Die Situation ist fast die gleiche wie im Ruhrrevier. Auch hier mutet das Unternehmertum den Bergarbeitern eine unerträgliche Lohnreduzierung zu. Durch Schiedsspruch vom 1. Januar sind die Löhne um 6 % herabgesetzt worden. Die Unternehmer beantragten Verbindlichkeitserklärung. Darüber wurde am Montag ohne Ergebnis in Berlin verhandelt.

---

SPD. Im Regierungsbezirk Stettin will man einen zentralen Verbraucher-  
ausschuss aus Vertretern der Gewerkschaften, der Konsumvereine und möglicher-  
weise auch der Hausfrauenvereine bilden, der die Preisentwicklung beobachten  
soll. Der sozialdemokratische Regierungspräsident in Berlin hat weiter die Ab-  
sicht, auf derselben Grundlage lokale Verbraucherausschüsse zu errichten, die  
mit Händler- und Handwerkerorganisationen die Möglichkeit eines weiteren Preis-  
abbaus beraten sollen.

Die Arbeit in den Provinzen ist nur zu begrüßen. Aber was soll man von dieser Arbeit erwarten, wenn z.B. die Regierung in der Frage der wichtigen Mar-  
kenartikelpreise auch nicht um einen Zentimeter vorwärts kommt?

---

SPD. Die Ausfuhr amerikanischer Baumwolle nach Deutschland wird seit dem 1. August 1930 mit 1,09 Millionen Ballen angegeben gegenüber 1,177 Milli-  
onen Ballen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

---

## Knapper Weizen.

(Berliner Getreidebörse vom 5. Januar)

SPD. Die feste Grundstimmung an der Berliner Produktenbörse fand auch am Montag ihre Fortsetzung. Dem äusserst knappen Angebot an effektivem Weizen stand eine starke Nachfrage der Mühlen aus allen Teilen des Reiches gegenüber, so dass sich die Preise wiederum um etwa 1 Mark befestigen konnten. Auch am Markte der Zeitgeschäfte wurden höhere Kurse notiert. Roggen war gleichfalls nicht dringend, aber immerhin ausreichend angeboten und konnte letzte Preise erzielen. Weizenmehl hatte bei um 25 Pfennige erhöhten Forderungen lebhafteres Geschäft. Die Tendenz für Roggenmehl blieb lustlos. Hafer war bei laufender Nachfrage und unveränderten Preisen ausreichend angeboten. Gerste blieb ruhig.

	<u>3. Jan.</u>	<u>5. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	253 - 257	258 - 260
Roggen	157 - 159	157 - 160
Bräugerste	200 - 216	200 - 216
Futter- und Industrierste	188 - 194	188 - 194
Hafer	141 - 145	141 - 145
Weizenmehl	29,50 - 37,00	29,75 - 37,10
Roggenmehl	23,60 - 26,75	23,65 - 26,75
Weizenkleie	9,75 - 10,00	9,75 - 10,00
Roggenkleie	8,75 - 9,50	8,75 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 282 - 281 (Vortag 281), Mai  $291\frac{1}{2}$  -  $290\frac{3}{4}$  (290), Roggen März  $180\frac{1}{2}$  -  $179\frac{1}{2}$  (180), Mai 190 (189 $\frac{1}{2}$ ), Hafer März  $162\frac{1}{2}$  -  $161\frac{3}{4}$  (163), Mai 173 - 172 Brief (173).

### Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier, (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 13, Kl.A. über 60 g 12, Kl.B. über 53 g  $10\frac{1}{2}$ , Kl.C. über 48 g 8, frische Eier Kl.B. über 53 g  $9\frac{1}{2}$ , aussortierte kleine und Schmutzeier  $7\frac{1}{2}$ . Auslandseier: Holländer 60-62 g  $12\frac{3}{4}$  - 13, Rumänen  $9\frac{1}{2}$ -10, Ungarn und Jugoslawen 10, Polen normale  $9-9\frac{1}{4}$ , kleine, Mittel- u. Schmutzeier  $7-7\frac{1}{2}$ . In- und ausländische Kühlhauseier: Grosse  $9\frac{1}{2}$ -10, normale  $8\frac{1}{2}$ , kleine 7, Chinesen und ähnliche  $6\frac{1}{2}$  -  $8\frac{1}{2}$ . Kalkeier: grosse  $8\frac{1}{2}$ , normale 8. Tendenz: flau.

### Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,00 bis 1,20, Rote und Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,40, Nieren unnotiert, andere Gelbfleischige 1,50 bis 1,70 Mark.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 5. Januar 1931.

Winterbesuch im Isergebirge.

SPD. Bis vor zwölf Jahren empfing Reichenberg alle Fremden, die aus dem Bahnhof heraustraten, mit der Aufforderung: "Deutsche, kauft bei Deutschen!" Das stand zu lesen auf hoher Tafel über ödem Platz am Anfang der ausdruckslosen Bahnhofstrasse, die den Fremden so gar nichts ahnen lässt von den Schönheiten der "Metropole Deutschböhmens". So nannte sich das bürgerliche Reichenberg, und sein gewaltiger Polizeichef Ringlhaan hatte seine Mannen mit der Pickelhaube ausgerüstet, deren Spitze man nicht, wie in Wien, eine Kugel aufgesetzt hatte, sondern die geradewegs scharf in die Luft hineinstach - wie im nahen Preussen. Franz Joseph soll sich einmal über diese unösterreichischen Polizeihelme ordentlich geärgert haben.

Heute ist das alles verschwunden: die Tafel, die Pickelhauben; und selbst Herr Ringlhaan, der Gewaltige, ist dahingegangen. Wo früher der öde Platz war, steht heute ein ganz modernes Riesengebäude mit einer Menge Behörden darin. Mit dem "Prendrek" bewehrt, dem international gewordenen Gummiknäppel angelsächsischer Herkunft, und in Constablermontur tun die verstaatlichten Polizisten, zum grossen Teil Tschechen, ihren Dienst in dieser altberühmten Tuchwebestadt, die trotz einer starken und vom Staat eifrig geförderten tschechischen Minderheit ein jeden Zweifel ausschliessendes deutsches Uebergewicht hat. Diese nordböhmischen Deutschen sind schlesischer Zunge. Festgehalten ist ihre Sprache z.B. in des unvergesslichen Franz Grundmann köstlicher Bibel "Aus'm al'n Testamente", die der Verlag der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik, Prag II, Nekazanka 18, mit würdigen Zeichnungen des Isergebirglers Felgenhauer sehr wohlfeil neu herausgegeben hat. Der nachfolgende, wohl eigens zu Demonstrationszwecken erfundene Dialog aus dem Gablonzer Bezirk mag eine Sprachprobe geben: Wu kummste har? - Vu Rejchenou. - Un wo hoste dou? - Mou! - Un dou? - Ou Mou! - Nu dou, nu dou! (Sou ist immer o-u zu sprechen. Hochdeutsch lauten die Worte: Wo kommst du her? - Von Reichenau. - Und was hast du da? - Mohn! - Und da? - Auch Mohn! - Das "Nu dou" ist ein Ausruf der Ueberraschung oder Verwunderung).

Reichenberg liegt 400 Meter über der Ostsee. Das genügt, um ihm und seiner schönen Umgebung in diesem milden Winter Schnee zu verschaffen, wenn es selbst im nahen sächsischen (aber noch nicht sächseldnen) Zittau regnet. Je weiter hinein man ins Isergebirge oder ins Lausitzer und Jeschkengebirge kommt, desto reichlicher fällt der Schnee und bleibt auch liegen. Dorthin streben nun an jedem Wochenende - und schon gar zu Weihnachten war es so - die Skifahrer in dunklen Haufen, auch nicht wenige Tschechen der Minderheit. Selbst aus dem inneren Böhmen und aus Prag kommen sie, und immer mehr Reichsdeutsche suchen im Sommer oder Winter die Ortschaften des böhmischen Isergebirges auf, wo zwar die Unterkunft meist primitiver, aber billiger als bei der weiter entwickelten Fremdenindustrie des Deutschen Reiches ist. Das gilt auch für die Verpflegung, die aber ungleich besser ist als jenseits der böhmischen Grenze. Schon die Kinder von kaum vier Jahren fahren auf ihren "Braatln" zu Tal und steigen im seitlichen Schritt wieder hinauf, oder sie rodeln. Ein Hauptziel sommerlicher Wanderung und winterlicher Skifahrt ist der Grenzort Klein-Iser auf 900 Meter Seehöhe. Die wenigen Gast- und Privathäuser können an Feiertagen längst nicht alle Gäste beherbergen, die dort übernachten möchten. Köstlich ist die Stille

dieser zerstreuten Siedlung auf weitem Wiesenplan. Die Iser bildet nicht weit stromauf das hochinteressante Isermoor mit seinen Kies- und Schotterbänken. Der andere Arm, die "grosse Iser", ist die Grenze. Gleiche Sprache zu beiden Seiten, aber die Bergwege in den Schaffgotsch-Wäldern Preussens sind leuchtender Tag gegen die tiefe Nacht der ausgewaschenen, an überall hervorsteckendem Gestein überreichen Steige im böhmischen Grenzgebiet. Vermutlich haben die herrschaftlichen Waldbesitzer die Wege so verrotten lassen, weil sie mit der Verstaatlichung durch die Bodenreform rechnen mussten; aber der Staat tut auch nichts. Deckt der Schnee alles zu, dann ist es gut - und im Sommer können ja die Wanderer aufpassen, dass sie sich nicht die Füße verknaxen!

Schwere Stürme haben in den Wäldern zwischen Ober-Josefstal, der zerstörten Desselalsperre - deren Bersten 1922 viele Menschen in Dessendorf, dem Sitze höchster Glasschleiferkunst, das Leben gekostet hat - und Klein-Iser schlimmen Windbruch angerichtet. Das gibt Umwege und Plage für die Skifahrer.

Hinterher greifen viele zur "Egypt". Aber an allen Verkaufsstellen werden jetzt nur "Gerillte" verlangt. Neuerdings wird nämlich ein Teil der staatlichen Zigaretten nicht mehr durch breite Kleisterbestreichung geschlossen, die zwar keine Sicherheit gegen das Aufgehen der Hülse bietet, dafür aber nicht selten den Geschmack der Zigarette verdirbt, sondern durch maschinelle Rillung.

Furchtbar drückt die Wirtschaftskrise das Volk der Glasindustrie und der Gablonzer Gürtlerei. Die Spaltung der Arbeiterschaft lässt das Hakenkreuz triumphieren. Aber nur in den Kneipen und ähnlichen Orten. In der tschechoslowakischen Republik dürfen die Hakenkreuzler nicht allzu frech werden.

Richard Bernstein.

---

### Packeis.<sup>x</sup>

---

SPD. Der Fischdampfer "Odin" lag seeklar am Pier unter Dampf. In einer halben Stunde sollte das Schiff ins Nördliche Eismeer zum Fang auslaufen. Auf mehrere Wochen mussten die Seeleute ihren Heimathafen verlassen und in der bitteren Kälte des Eismeres ihren gefahrvollen Beruf ausüben. Der Winterfang stellte ausserordentliche Anforderungen an Schiff und Besatzung; konnten doch nur die stärksten Dampfer und die erprobtesten Matrosen den Fischfang hoch im Norden durchhalten.

Kapitän Holt trat auf die Brücke, warf einen kurzen Blick auf die Uhr und riss den Maschinentelegraphen herum. Kurz darauf erbebte das Schiff leise von den in Gang gesetzten Maschinen. Ein dumpfes Heulen der Schiffssirene zerriß den klaren Wintermorgen, und schon klangen die Kommandos des Kapitäns über die Brücke. In wenigen Minuten waren die Trossen losgeworfen. Langsam arbeitete die Schraube. Der Dampfer stiess ab. Bald nach dem Schleusenmanöver erreichte der "Odin" freies Wasser, und die Maschinen arbeiteten mit voller Kraft. Nordwärts stand der Bug des Schiffes. Aus dem Mannschaftslogis kamen die klagenden Töne einer Ziehharmonika, die ein Matrose der Freiwache spielte: "In der Heimat, in der Heimat, da gibt's ein Wiederseh'n..."

Drei Wochen waren seit der Ausreise vergangen. 21 Tage war der kleine Dampfer schon in See. Der Fang war reich in diesen Tagen, aber auch gefahrvoll. Das ganze Schiff war von den Mastspitzen bis zur Wasserlinie mit einer dicken Rauhreifeissschicht bedeckt. Nur unter schweren Mühen gelang es den Fischern, das riesige Schleppnetz an Bord zu zerren. Die schneidende Kälte frass sich selbst durch die dicke Wollkleidung der Leute. Und Ruhe gab es nicht. Ununterbrochen pflügte der Dampfer durch die See, das Netz hinter sich her schleppend. Der kleine gusseiserne Ofen im Mannschaftslogis glühte ständig, Tag und Nacht.

Am 24. Tage, es war Sonntags, kam schweres Wetter auf. Die Wogen setzten spitze Köpfe auf und rannten gierig gegen den einsamen Fischdampfer an. Eisige

Hagelböen schleuderten durch die Luft. Kapitän Holt musste das Fischen einstellen, wollte er nicht Gefahr laufen, die Netzleine zu brechen. Von Stunde zu Stunde nahm die Gewalt des Unwetters zu. Der Sturm wuchs zum Orkan, doch tapfer nahm der kleine Fischdampfer den Kampf mit dem Wetter auf. Er wehrte die überkommenden Brecher stets ab und richtete seinen Bug wieder auf. Die Nacht brach früh herein....

Gegen zwei Uhr nachts verspürten die Seeleute einen starken Ruck durch das Schiff und gleich darauf ein merkwürdiges Schlingern. Dann verstummte das Geräusch der Maschinen. Kapitän Holt, der eben die Wache übernommen hatte, stürzte eilig in den Maschinenraum, um die Ursache des Stosses festzustellen. Unten kam ihm der erste Maschinist schon entgegen. "Die Schraube muss gebrochen sein, Kapitän," waren seine bedeutungsvollen Worte. Holt bekam einen Schreck; dann war sein Schiff so gut wie ein Wrack. Ohne Schraube konnte der Dampfer keine Seemeile fahren. "Lassen Sie sofort alles untersuchen, Wilkens," befahl Holt, "und melden Sie mir die Sache!"

Als Holt wieder an Deck kam, fragten ihn die Metrosen nach der Ursache des Rucks, und weshalb die Maschinen nicht arbeiteten. Ein Heizer habe gesagt, die Schraube sei gebrochen. Holt wollte die Leute nicht ohne Grund beunruhigen und gab eine ausweichende Antwort. Im stillen hoffte er, die Meldung des Maschinisten möge falsch sein. Doch seine Hoffnung trug. Wilkens konnte seine Befürchtung nur bestätigen. Die Schraube war fort, das Schiff musste treiben. Sofort ging Holt in den Funkraum und liess einen Funkspruch an die Reederei hinausgehen. Gleichzeitig befahl er dem Funker, in kurzen Abständen den internationalen Hilferuf der in Seenot befindlichen Schiffe zu senden. - S O S... S O S - so funkte der Mann in der Kabine ununterbrochen in die Welt. Unterdessen wütete der Orkan weiter. Das steuerlose Schiff war nun schutzlos den Gewalten preisgegeben. S O S ... Save our Souls... Rettet unsere Seelen...so hiess der Notschrei, der unhörbar vom "Odin" in den Aether hinausging.

In bestimmten Abständen versuchte der Kapitän, die Lage des Schiffes zu ermitteln, doch war es ihm nicht möglich. Kein Stern war am Himmel zu sehen, nachdem er sich hätte richten können. Aber die Magnetnadel liess Schlüsse zu, die Kapitän Holt nachdenklich und sorgenvoll stimmten. Der Orkan peitschte den hilflosen Fischdampfer mit furchtbarer Gewalt nach Norden. Der Tag brach herein, und die Dunkelheit wich einem fahlen Schein. Beim Anbruch des neuen Tages starb der Sturm nicht ab. Mit gleicher Kraft peitschte er die brüllende See, die beutegierigen Wellen, die sich lüstern um den treibenden Dampfer warfen. Im Mannschaftslogis kam eine lähmende Stimmung auf. Längst wussten die Seeleute, dass die Schraube verloren gegangen und der "Odin" nur noch ein Wrack war. Sie hofften stillschweigend auf Rettung durch ein anderes Schiff. Als auch dieser Tag zur Neige ging, rief Kapitän Holt den Steuermann, den Bootsmann und den ersten Maschinisten in seine Kajüte. Mit ernstesten Worten teilte er seinen Helfern die Befürchtung mit, die ihm das stete Treiben nach Norden zu erkennen gab. Das Schiff konnte so weit abgetrieben werden, dass jede Aussicht auf Rettung vollkommen fern lag. Die Seeleute beschlossen, den Dampfer zu halten und den Sturmanker auszuwerfen. Sofort liess Holt loten, um die Wassertiefe zu ermitteln. Dann traf er die Vorbereitungen zum "Fallen Anker". Eine besonders starke Trosse wurde mit der Kette verbunden. Der schwere Anker gurgelte in das bewegte Meer. Der "Odin" lag fest.

Die Hoffnung auf Rettung durch den Sturmanker erwies sich als trügerisch. Der Sturm brach die Kette wie eine Glasschnüre und jagte den kleinen Dampfer wieder vor sich her wie vordem. Da gab Kapitän Holt den Kampf auf. Nur der Funker sendete noch sein SOS in die Welt.

Fünf Tage hatte der Sturm angehalten. Der "Odin" sass fest im nördlichen Eismeer. Drei Mann der Besatzung hatte der Sturm verschlungen. Sie waren von einer Sturzsee erfasst und über Bord gerissen worden. An Rettung der Metrosen war kein Gedanke gewesen; zu glatt war die Eisschicht, die den Dampfer überzog, und zu rauh war das Meer. Ohne einen Schrei waren die Männer versunken,

ohne sich lange zu quälen, denn sie wussten, Hilfe konnte von Bord keiner bringen. Am dritten Tage nach dem Bruch der Ankerkette war der Fischdampfer auf Eismassen gestossen. Erst sah das Wasser nur leicht übersät aus. Aber von Stunde zu Stunde verdichtete sich die Schicht, bis der Dampfer nicht weiter konnte. Das Eis hielt ihn mit eisernen Klammern. Diese Gefahr hatte Holt kommen sehen, und er richtete das Leben auf dem feststehenden Schiff danach ein. Die Lebensmittel wurden in kleineren Mengen ausgegeben, Kohle nur ganz sparsam verbrannt. Diese Massnahme war eichtig, dann immer dichter presste sich der Eisgürtel um den Fischdampfer, der unter der erdrückenden Schwere von Zeit zu Zeit tief aufstöhnte. Stellenweise sprangen unter Deck schon die Nietenköpfe ab. In der Ferne erblickten die eingeschlossenen Seefischer die phantastischen Gebilde riesiger Eisberge, die sich drohend auf den "Odin" zu schoben. Das Polarlicht machte die Nacht zum Tage und vergrösserte die Längeweile, die sich nun auch bei den Leuten einstellte, immer mehr. Das Packeis streckte seine gierigen Arme nach den Menschen aus. Mit Schrecken stellte Kapitän Holt fest, dass trotz der Rationalisierung der Nahrungsmittel die Vorräte mit unheimlicher Schnelligkeit schmolzen. Eines Tages brachte der Koch die befürchtete Meldung: "Die Konserven und Kartoffeln sind alle!" Jetzt hiess es für die Besatzung, sich in der Lebensweise umzustellen. Holt organisierte einen Jagddienst. Mehrere Leute mussten auf das Eis hinaus und auf Tiere Jagd machen, die zur Ernährung der Leute geeignet waren. Aber schon bald gab Holt den Gedanken an eine ertragreiche Jagd auf. Es lohnte sich nicht, auf das Eis zu gehen; die jagbaren Tiere fanden sich nicht.

Nach drei Monaten verliess die ganze Besatzung das eingeschlossene Schiff, um auf dem Wege über die Eisfelder das Festland zu gewinnen. Nur Holt und der Steuermann sahen das Nutzlose des Beginnens ein und blieben an Bord. Von dem Fischdampfer "Odin" und seiner Besatzung hat man niemals wieder etwas gesehen. Das ewige Eis hat alle verschlungen.....

Heinz Jacobs.

### ----- Die Natur der Röntgenstrahlen.<sup>x</sup> -----

SPD. Die Röntgenstrahlen, deren Kenntnis noch nicht 40 Jahre alt ist, haben sowohl für die Erkennung als auch für die Behandlung der verschiedensten Krankheiten eine ungeheure Bedeutung gewonnen, die täglich noch zunimmt. Welcher Art sind nun diese Strahlen, die die merkwürdige Eigenschaft haben, durch den Körper hindurchzugehen, als ob er Luft wäre?

Wenn man eine allseitig geschlossene Glasröhre auspumpt, sodass keine oder nur noch wenig Luft in ihr enthalten ist, und 2 Metallelektroden, die man an beiden Enden eingeschmolzen hat, mit einer Stromquelle von sehr hoher Spannung verbindet, so entsteht in dem Rohr eine besondere Art von Strahlen, die man als Kathodenstrahlen bezeichnet. Der elektrische Strom durchbricht nämlich die Schranke des luftleeren Raums, indem aller kleinste elektrisch geladene Teilchen sich von der Elektrode loslösen und Elektrizität zur andern Elektrode hinübertragen, oder indem die Luft, wenn noch welche vorhanden ist, in elektrisch geladene Teilchen zerfällt, die auf die gleiche Weise den Transport der Elektrizität von einer Elektrode zur anderen bewerkstelligen. Im Jahre 1895 entdeckte nun Professor Röntgen bei der Beschäftigung mit solchen Kathodenstrahlen eine merkwürdige Erscheinung. Es gibt Stoffe, die anfangen, selbst zu leuchten, wenn gewisse Strahlen, z.B. ultraviolette (unsichtbare) Lichtstrahlen, sie treffen - eine Erscheinung, die unter dem Namen Fluoreszenz bekannt ist. Bringt man nun einen fluoreszierenden Stoff in die Nähe einer Kathodenröhre, so beginnt er zu leuchten, auch wenn die Röhre in schwarzes Papier gehüllt ist, und zeigt damit an, dass aus der Röhre unsichtbare Strahlen

heraustreten, die dunkles Papier zu durchdringen vermögen. Man hat diese Strahlen nach ihrem Entdecker Röntgenstrahlen genannt und ihre besonderen Eigenschaften in den Dienst der Medizin gestellt. Sie durchdringen nämlich alle Stoffe, ausgenommen Metalle und gewisse Metallsalze. Da solche Metallsalze im menschlichen Körper in grösserer Menge nur im Knochen in Form von Kalk vorkommen, so zeichnet der Knochen im Röntgenlicht einen Schatten, während der übrige Körper für die Röntgenstrahlen durchlässig ist. Daraus ergibt sich die Bedeutung, die die Röntgentechnik für die Erkennung nicht nur von Knochenbrüchen, sondern auch von Knochenerkrankungen der verschiedensten Art besitzt.

Darüber hinaus hat man jedoch durch besondere Methoden die Röntgenstrahlen auch zur Erkennung anderer Erkrankungen dienstbar gemacht. Man kann nämlich mit ihrer Hilfe die Beschaffenheit sämtlicher irgendwie von aussen zugänglichen Hohlräume im menschlichen Körper auf die Weise untersuchen, dass man die Hohlräume mit einem sogenannten Kontrastmittel füllt und dann eine Röntgenaufnahme macht. Solche Kontrastmittel enthalten röntgendurchlässige Metallsalze, vor allem Wismutsalze. Die mit ihnen ausgefüllten Hohlräume verhalten sich daher dem Röntgenlicht gegenüber ebenso wie die strahlenundurchlässigen Knochen. Man kann auf diese Weise den Magen, den Darm, die Gallenblase, die Harnblase, die Nierenbecken und die Luftröhre mit Röntgenstrahlen untersuchen, um nur die wichtigsten Organe zu nennen. Da die Röntgenstrahlen unsichtbar sind, so muss erst eine Umwandlung in sichtbare Strahlen vorgenommen werden, um die Röntgenstrahlen verwendbar zu machen. Das geschieht auf zweierlei Weise. Bei der Röntgendurchleuchtung treffen die Röntgenstrahlen, die den untersuchten Körper passiert haben, auf einen Schirm, der einen fluoreszierenden Stoff enthält, und der daher an den Stellen, die von den Röntgenstrahlen getroffen werden, hell aufleuchtet. Bei der Röntgenaufnahme dagegen macht man sich eine Eigenschaft der Röntgenstrahlen zunutze, die sie mit den Strahlen des sichtbaren Lichtes gemeinsam haben, nämlich die chemische Wirkung, die sie auf Silbersalze ausüben, d.h. die Möglichkeit der Photographie. Die Röntgenstrahlen schwärzen die photographische Platte ebenso wie das sichtbare Licht.

Diese Aehnlichkeit mit den sichtbaren Lichtstrahlen legt die Frage nahe, ob die Röntgenstrahlen nicht überhaupt wesensgleich sind mit den Lichtstrahlen, oder ob sie eine andere Strahlenart, ähnlich den genannten Kathodenstrahlen, darstellen. Der grundsätzliche Unterschied ist dabei folgender. Bei den Kathodenstrahlen bewegen sich im Strahlengange kleine Teilchen mit enormer Geschwindigkeit von einer Elektrode zur andern. Es handelt sich also um eine körperliche Strahlung, während die Lichtstrahlen auf einer Wellenbewegung des Lichtäthers beruhen, bei der keine Fortbewegung körperlicher Teilchen stattfindet. Man kann sich das veranschaulichen, wenn man sich das Bild vorstellt, das ein vom Winde bewegtes Kornfeld darbietet. Man sieht, wie eine Welle über das Kornfeld hinwegzieht. Jeder einzelne Halm bleibt aber an seinem Orte stehen, ohne sich fortzubewegen. Die Frage nach der Natur der Röntgenstrahlen und ihrer Verwandtschaft mit dem Lichtstrahl ist der Gegenstand vieler wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen und ist heute endgültig dahin geklärt, dass bei den Röntgenstrahlen keine körperlichen Teilchen sich fortbewegen, sondern in der Tat eine Wellenbewegung vorliegt, wie bei den Lichtstrahlen. Sie reihen sich somit ein in die grosse Zahl der elektrischen Strahlen, die man heute kennt, und die sich nur durch die Länge ihrer Wellen unterscheiden. Die kürzesten sind die Radiumstrahlen mit einer Wellenlänge bis zu 1:2 000 000 mm. Darauf folgen die Röntgenstrahlen, dann die unsichtbaren ultravioletten Strahlen, darauf die sichtbaren Lichtstrahlen und die wiederum unsichtbaren Wärmestrahlen und schliesslich die langwelligen elektrischen Strahlen, die für die Funktelegraphie und Radiübertragung verwendet werden. Alle diese Strahlen sind physikalisch völlig gleichwertig und unterscheiden sich trotz ihrer so verschiedenartigen Wirkung und Anwendung nur durch die Länge ihrer Wellen.

Querschnitt durch Firma X X & Co. A.G.

Die Belegschaft.

In achtzehn Gebäuden, Sälen und Hallen,  
stecken rund gerechnet - so alles in allem -  
Zwölfhundert Mann - sorgsam nach Nummern sortiert,  
in Kolonnen gesondert, gebucht, registriert -  
Mit Stundenlöhnen von sechzig Pfennig bis eine Mark zehn,  
oder Gehältern, die grad' so belämmert stehn.....

Büro und Werkstatt - das sind zweierlei Welten;  
betrachten wir also erstmal die Angestellten  
mit Kündigungsfristen von vier bis sechs Wochen.-  
- - - Die Angestellten werden mit "Herr" Schulze -  
"Herr" Müller, u.s.w., angesprochen -  
gehen täglich viermal "nach hinten" die Hände waschen.  
In den Pausen trinken sie Kaffee aus Thermosflaschen....  
(übrigens, Schulze hat heute bloss davon genippt;  
seine Frau hat gestern schon wieder gekippt - -  
nun liegt sie zu Hause - halbtot und matt -  
und den Lungenknax, den sie dazu noch hat.....) - - -  
- - Gehalt gibt's am Ultimo - und es ist nicht  
gestattet, dass man darüber spricht.....  
Hat einer von denen was verbockt oder wollte durchaus  
etwas besser wissen,  
wird er hochfein per Brief auf die Strasse geschmissen! - - -

In der Werkstatt geht es schon anders zu.  
Man ist kollegialer, ruft "Mensch", "He", und "Du!",  
steht acht Stunden im Lärmen der Transmissionen - -  
Dinner des Mittags: ein Pott weisse Bohnen,  
halb angewärmt, wird hastig runtergeschluckt.  
Dann pfeift es schon wieder - und kreischend ruckt  
die Welle an - -, und jeder muss flitzen;  
es bleibt kaum so viel Zeit, mal aufm Topp zu sitzen;  
Und wenn jemand schnell 'nen Zug macht, riskiert er schon:  
er wird dabei erwischt, und von seinem Riesenlohn  
wird ihm "zur Strafe" noch ein Taler abgezwickelt.....  
Und wenn ihn dann wirklich der Aerger packt  
und er hat auf den Tisch... da heisst es: "Na schön,  
wenn's Ihnen nicht passt - Sie können gehn...!"  
.....und man hat die Nummer Achthundertfünfunddreissig  
und ist nicht "Herr",  
sondern einfach "Schulze", "Müller", oder irgendwer,  
und beim nächsten Abbau kommt man auch mit dran.....  
- - - - - Das ist die Belegschaft - - - -  
zwölfhundert Mann! .....

Walter Schirmeier.

SPD. Wenn dich die Leute ob deines stichelnden Witzes fürchten, so fürchte  
du dich ob ihres guten Gedächtnisses!

Schottisches Sprichwort.

## Ein unbrauchbarer Journalist.<sup>x</sup>

SPD. Schriftsteller und Journalist sind zwei verschiedene Berufe. Der ideenreichste Schriftsteller ist oft nicht imstande, als brauchbarer Journalist zu arbeiten. Diese jedem Zeitungsmann bekannte Tatsache bewies sich auch an dem früh verstorbenen amerikanischen Novellisten Stephan Crane.

Schon in seiner Schul- und Universitätszeit zeigte Crane ein aussergewöhnliches schriftstellerisches Talent und die Fähigkeit, schnell zu arbeiten. Er war z.B. imstande, in den Ruhepausen zwischen zwei Baseball-Wettspielen - Baseball ist, wie bekannt, ein aufregender und anstrengender Sport - einen Essay um einen Universitätspreis aus dem Stegreif zu verfassen. Und doch vermochte er sich nur ganz kurze Zeit als Lokalreporter am "New York Herald" zu halten. Er konnte keine Berichte verfassen und es hatte obendrein den Anschein, als ob er sich überhaupt keine Mühe gäbe, sachlich zu berichten. So schickte man ihn eines Tages als Reporter an den Schauplatz eines grossen und für den lokalen Teil des "Herald" äusserst wichtigen Schadenfeuers und gab ihm die üblichen Weisungen für seine Berichterstattung mit. Aber die von Crane verfasste Darstellung des Brandes erwies sich als nahezu wertlos für die Zeitung. Was hätte der Lokalredakteur etwa mit der Schilderung eines aufgeregten Pferdes anfangen können, das beim Ausschlagen "das graue Eis der Wasserrinne in silbernen schimmernde Winkel stieben liess, dass es auf dem gefrorenen Pflaster nur so klapperte und klirrte." Den Zeitungsleser interessieren weit mehr die Strasse des Vorfalles, die Hausnummer, der Name des geschädigten Hausbesitzers, die Aufzählung der vernichtenden Möbel, die Frage, ob der Schaden durch Versicherung gedeckt sei oder nicht usw... Die stampfenden Pferde vor den Löschwagen und die gemessenen Bewegungen eines jungen Feuerwehrmannes beim Ausweichen vor einer einstürzenden Mauerwand - solche Dinge fielen dem jungen Dichter auf. Die mitbekommenen Instruktionen dagegen waren ihm wie aus dem Gedächtnis verweht.

Oder wenn Crane ausgesandt wurde, um einen der Korruption beschuldigten Rats Herrn New Yorks zu befragen, dann konnte sich der Lokalredakteur unmöglich mit der Beschreibung begnügen: "Der Rats Herr sass wie eine ländlich angepinselte Suppenterrine da und stiess jedesmal ein unsagbar trauriges "Oh" hervor, wenn ihm die Asche seiner Zigarre auf die blutrot und schwarz gestreifte Weste kollerte."

Dieser journalistische Misserfolg hat Crane immerhin nicht daran gehindert, der Autor bedeutender erzählender Werke und ein vielgelesener, beliebter Schriftsteller zu werden.

K.W.

SPD. Die Stadt des ewigen Staubes.<sup>x</sup> Im Herzen der nordafrikanischen Wüste, am Kreuzungspunkte der wichtigsten Strassen von Süden nach Norden und von Osten nach Westen, liegt die Oasenstadt Mursuk, die seit dem siebzehnten Jahrhundert das einzige Handelszentrum in dem ungeheuren Gebiete zwischen Mittelmeer und Sudan darstellte. Im äussersten Ringe von Dattelpalmen umgeben, hat der Ort ein inneres Glacis von Sandstrecken und Salzsümpfen, die von malariaverseuchten Anophelesmücken wimmeln. Seitdem sich unter dem Einfluss der französischen Verkehrspolitik der Handel mehr nach den westlichen Gegenden gezogen hat, ist die Stadt zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Besondersberüchtigt ist sie durch die dichten Staubwolken, die dauernd auf ihr liegen und über ihre Umgebung hinwegziehen, stets von neuem genährt durch die Sandstürme auf den fast acht Millionen Quadratkilometern der Wüstenfläche der Sabara.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 1

Berlin, den 5. Januar 1931

Die erzieherische Autorität.x

SPD. Eine der häufigsten Klagen jener Menschen, die infolge zu geringer Lebenserfahrung oder infolge mangelhafter politischer Bildung am ewig Gestri- gen hängen, lautet: "Die heutige Jugend lässt sich nichts mehr sagen; sie kennt gar keine Autorität mehr". Wenn diese Menschen einmal Gelegenheit hätten, ei- nen Einblick in gutgeleitete moderne Erziehungsheime oder in das harmonische Le- ben von Familien zu tun, in denen die Eltern pädagogische Begabung besitzen, so würden sie wahrscheinlich nicht wenig erstaunt sein. An diesen Stätten wirklich fortschrittlicher Erziehung herrscht tatsächlich erzieherische Autorität im be- sten Sinne. Freiwillig und freudig lässt sich der Zögling vom Erzieher beraten und leiten. Es muss doch also nicht so sehr die "heutige Jugend" sein, die so autoritätsfeindlich ist, sondern an den Erwachsenen liegt es, und wer sich über Mangel an Autorität beklagt, ist selbst daran schuld.

Wie kommt es aber, dass einige Menschen Autorität bei der Jugend besitzen, andere nicht? Muss der Erzieher überhaupt seinen Zöglingen gegenüber Autorität haben? Beide Fragen wird uns die gleiche Ueberlegung beantworten.

Unsre Kinder sind der Welt, in die sie hinein geboren werden, nicht von vorn herein geistig und seelisch gewachsen. Ihr Intellekt muss sich erst zu der Stufe entwickeln, der dem heutigen Menschendurchschnitt entspricht, und das ih- nen angeborene Bedürfnis, zu lieben und geliebt zu werden, muss allmählich ler- nen, mehr und mehr auf direkte und primitive Befriedigung in vielen Fällen zu verzichten und sich ganz bestimmten gesellschaftlichen und kulturellen Bedin- gungen einzuordnen. Diese schwierige Arbeit an unsrer Jugend nennen wir Erzie- hung. Sie ist heute in nicht besonders zweckmässiger Weise gespalten in eine vorwiegend didaktische, d.h. Wissen übermittelnde, und eine vorwiegend pädago- gische, d.h. charakterbildende Tätigkeit. Die erste fällt der Schule, die zwei- te dem Elternhause zu. Wenn auch zum Glück eine strenge Trennung in diesem Sin- ne nicht durchgeführt ist, so ist doch im Prinzip eine derartige Zweiteilung vorhanden.

Dem Elternhaus ist also in erster Linie die Aufgabe übertragen, das reine Luststreben des Kindes behutsam und zielsicher in Bahnen zu lenken, die der rauhen Wirklichkeit angepasst sind, oder, wie man in der Psychologie sagt, das Lustprinzip des kindlichen Seelenlebens in das Realprinzip des erwachsenen See- lenlebens zu verwandeln. Das Kind muss lernen, das man nicht alles tun kann, was einem Spass macht. Zu dieser Lehre muss der Erwachsene, dessen grössere Erfahrung und dessen Wissen diese Erkenntnis bereits besitzt, dem Kinde verhelfen. Wenn ich aber als Erwachsener auf einem Gebiete, auf dem mir selbst die zur Kontrolle erforderlichen Kenntnisse fehlen, den Erfahrungen eines anderen glauben und sei- ne Ratschläge befolgen soll, so muss dieser andere für mich eine Autorität sein, weil ich nur dann zu ihm Vertrauen haben werde. Genau so ist es beim Kinde: Au- torität ist zum Erziehen unbedingt erforderlich, und Autorität ist Vertrauens- sache. Der Erzieher muss sich also zuerst das Vertrauen des Zöglings erwerben und muss es sich dauernd zu erhalten wissen, wenn er Autorität besitzen will.

Weil nun zweifellos die erzieherische Autorität, soziologisch betrachtet, ein Machtfaktor ist, so glauben viele Menschen, sie lasse sich von aussenher erzwingen. Macht ist jedoch nicht immer erzwingbar, wenn es auch manchmal so scheint. Diese Vorstellung beruht vielmehr auf einer sehr verbreiteten Verwechs-

lung von Macht und Gewalt. Gewalt beruht wohl auf Zwang, Macht dagegen ist überall dort vorhanden, wo der Wille eines Menschen oder einer Menschengruppe Aussicht hat, sich durchzusetzen. Besteht eine solche Aussicht in einer bestimmten Beziehung so dauerhaft, das man mit ihr rechnen kann, so nennen wir es Herrschaft. Der Erzieher übt also eine Art Herrschaft aus, und Herrschaft ist überhaupt niemals erzwingbar, sondern sie beruht stets auf einem freiwilligen Unterordnungswillen des Beherrschten, mag dieser nun aus traditionellen, gesetzlichen Motiven oder, wie in der Erziehung, aus dem Glauben an eine Gnadengabe im Herrscher entspringen. Die Kunst der Erziehung ist eine Gnadengabe, und sie ist nur dort vorhanden, wo der Erzieher im Kinde den Glauben an seine Person zu wecken weiss. Dieser Glaube beruht auf Liebe. Wer also mit äusserem Zwang erziehen will, wer die Autorität von sich aus mit Gewalt aufrichten will, der wird zwar auch Macht besitzen und seinen Willen durchsetzen, aber er wird nur pädagogische Scheinerfolge erreichen; das Kind wird alles Verbotene reichlich nachholen, sobald man ihm den Rücken dreht. Wahre erzieherische Autorität kommt nicht von aussen, sondern von innen, geht nicht vom Erwachsenen, sondern vom Kinde aus. Das ist nicht etwa so zu verstehen, als wenn der Erzieher alles tun soll, was das Kind wünscht, sondern so, dass der Erwachsene das Kind aufgrund einer Autorität leitet, die ihre Wurzeln in der Liebe des Kindes hat.

Mit der Liebe des Kindes zu seinen Erziehern, besonders zu seinen Eltern, ist es nun wieder ein eigen Ding. An den Eltern und an den ersten Pflegepersonen "lernt" das Kind sozusagen lieben; d.h. sein Triebleben nimmt in früher Jugend von hier seinen Ausgang, um sich allmählich zu geeigneteren und biologisch wichtigeren Objekten durchzuringen. In der Liebe des kleinen Kindes zu seinen Eltern liegen demnach die Wurzeln zu seiner späteren fortzeugenden Liebe als Erwachsener, und seine Liebesfähigkeit im späteren Leben kann von dieser ersten Bindung seines Lebens aus durch falsche Behandlung der Erzieher eine empfindliche Einbusse erleiden. Das Eigentümliche und für den Erzieher so unendlich Wichtige ist nun, dass das Kind diese ersten und für das Sexualleben unsrer Gesellschaftsstufe so ungeeigneten Objekte seines Trieblebens anscheinend nur dadurch aufgeben kann, dass es sich im Unbewussten selbst mit seinen Eltern identifiziert. Diese Identifizierung ermöglicht ihm das Wichtigste, was es für die Erziehung gibt, den Verzicht, auf dem alle seelische Entwicklung beruht, und der das einzige Mittel zur Ueberwindung der immer neu auftauchenden Konflikte ist, die ihrerseits die Triebkräfte der seelischen Entwicklung darstellen. Mit anderen Worten: Die Liebe zu den Eltern und Erziehern ist nicht nur die Wurzel der Autorität, sondern sie führt auch dazu, dass das Kind die Erwachsenen nachahmt. Was also das Kind verzichten lehrt, ist nicht der Stock, sondern das Beispiel. So müssen wir Fröbel verstehen, wenn er sagt: "Erziehung ist Beispiel und Liebe, - sonst nichts". Die verantwortungsbewussten Eltern gerade des Proletariats, dem eine besondere Rolle in der geschichtlichen Entwicklung zukommt, sollten sich immer dessen bewusst sein, dass das ganze Geheimnis der modernen Erziehung im guten Beispiel liegt. Aus dem guten Beispiel und der Liebe unsrer Kinder ergibt sich dann auch die richtige Autorität!

Ewald Bohm.

X

Fünf Jahre Frauenfunk.

SPD. Südwestlich von Berlin ragen die Funktürme von Königswusterhausen auf und grüssen weit ins Land. Wie zarte Filigranfäden sehen sie in der Ferne aus, wie geheimnisvolle, aus Luftgespinnst gewebte Bauten, die Erde und Himmel miteinander verbinden. Hier liegt die Grossfunkstelle, die täglich die Pressemeldungen der grossen Nachrichtenbüros darunter auch die des "Sozialdemokratischen Pressedienstes") an die Redaktionen der deutschen Zeitungen verbreitet.

Ausserdem geht von Königswusterhausen der grösste Teil des für Europa bestimmten drahtlosen Nachrichtendienstes aus.

Vor fünf Jahren, am 7. Januar 1926, begann in Königswusterhausen der neue Deutschlandsender zu arbeiten. Sein Programm war zunächst sehr bescheiden - nur nachmittags in der Zeit von 17 bis 19 Uhr wollte er belehrende Vorträge aus den Gebieten der Pädagogik, der Hygiene und der Medizin verbreiten. Aber bald wurde das Programm immer umfangreicher und vielseitiger. Besonders für uns Frauen ist es ausserordentlich interessant, zu verfolgen, wie in diesem Programm allmählich immer mehr Themen aufgenommen wurden, die das Schaffen und Wirken der Frau, ihre Aufgaben, ihre Berufsmöglichkeiten, ihre Wünsche und Anregungen zum Gegenstande hatten. Zunächst war es vor allem das Reich der Hausfrau, das auf seinen verschiedensten Gebieten im Deutschlandsender behandelt wurde. "Haushalt und Haftpflicht", "Familiensitten der Neuzeit", "Haushalt und Hausgehilfin" - das waren einige der ersten Themen, die wir gespanntes Ohres und noch ganz unter dem Eindruck des grossen, neuen Wunders, das aus dem Aether zu uns gekommen war, mit anhörten. Aber auch der Landfrau - das verdient besonders hervorgehoben zu werden - wurde innerhalb dieses anfangs so bescheidenen Programms sofort Raum gewährt. Ausführliche, lehrreiche Vorträge über das Schlachten im Landhaushalt, über die Bäckerei auf dem Lande, über das Lagern und Verpacken von Obst, Bereitung von Obstsäften und Weinen, über Gärungslese, Fruchteverwertung und vieles andere zeigten der Landfrau, die oft weit abseits von Schulen und damit von Fortbildungsmöglichkeiten aller Art wohnte, dass der neue Sender sich seiner Aufgabe, die er gerade dieser Frauengattung gegenüber zu erfüllen hatte, wohl bewusst war.

Aber immer weiter wurde der Kreis des Frauenfunk. Bald war der Rahmen des Nur-Hausfräulichen gesprengt. Zwar kann man bis auf den heutigen Tag auch Rezepte, praktische Winke aller Art, Fragen der Küche und der Bewirtschaftung im Deutschlandsender behandelt hören, aber dieses Gebiet ist doch nur ein Teil der Frauenbewegung, des grossen Reiches der modernen, schaffenden, tätigen Frau auf allen Gebieten des Berufslebens in und ausser dem Hause. Der Weg der Frau in der Politik, in der sozialen Fürsorge, im Staat, im Rechtsleben, im Völkerbund, ihre Tätigkeit in der Fabrik, im Büro, im Hotelgewerbe, in den Redaktionen, in freien und akademischen Berufen, ihre Stellung zur Ehe, zur Mutterschaft - das alles wurde immer mehr der Rahmen, in dem die verschiedensten Teilgebiete des Frauentums behandelt wurden. Bald wurde täglich eine besondere "Frauenstunde" eingerichtet, die in reichhaltiger und abwechslungsreicher Art den weiblichen Hörern Gelegenheit zur Vertiefung ihres Wissens, zu neuen Anregungen und gleichzeitig zu praktischer Unterweisung auf allen Gebieten des täglichen Lebens geben wollte. Heute ist die "Frauenstunde" nur noch 3 bis 4 mal monatlich im Programm des Deutschlandsenders zu finden. Stattdessen wurden besondere "Jungmädchenstunden" eingerichtet, da den jugendlichen Mädchen die "Frauenstunde" zu wenig bot, was gerade auf ihre besonderen Wünsche und Sorgen Bezug nahm; ferner gibt es Bastel- und Handarbeitsstunden und endlich die "Elternstunde" am Sonntag, die in Diskussionen und Referaten vor allem der Erziehung der Kinder und der heranwachsenden Jugendlichen gewidmet ist.

Der Frauenfunk ist für die Frauen aller Lebensalter und aller Berufe da, aber er kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn seine Hörerinnen aufmerksam sein: Programm verfolgen und auch nicht davor zurückscheuen, in Zuschriften ihre Wünsche, ihre Anerkennung oder ihr Missfallen auszudrücken. Gerade die aufgeklärte Arbeiterfrau unsrer Zeit hat ein grosses Interesse daran, zu erfahren, was der Rundfunk der Frau der Gegenwart zu bieten hat, ob er in einem Geiste, der den grossen politischen und sozialen Problemen der deutschen Republik gerecht wird, oder aber in reaktionärem, fortschrittsfeindlichem Sinne seine Darbietungen sendet. Das Gleiche gilt für die Landfrau, die oft genug, leider mit Recht, das "Stiefkind der Frauenbewegung" genannt wurde, und die auch heute noch vielfach in mittelalterlicher Gebundenheit und in entwürdigenden Verhältnissen als Tagelöhnerin ihr hartes Brot verdienen muss. Für sie bietet die

Rundfunkanlage, die sie sich mit ihren bescheidenen Mitteln zusammengespart hat, den Ersatz für unendliches vieles, das sie entbehren muss. Gerade deshalb darf sie erwarten, dass das Programm des "Frauenfunk" ihr neben der unerlässlichen praktischen Belehrung auch weltanschaulich etwas bietet, das ihrem Leben und ihrer harten Arbeit nicht Hohn spricht. Denn nur dann, wenn auch der Rundfunk der Helfer der Frauen ist in ihrem grossen Kampfe, den sie Seite an Seite mit ihren männlichen Kameraden gerade heute in besonders hartem und erbittertem Ringen führen, ist der Zweck, den der Frauenfunk vor allem für die Proletarie in der Gegenwart verfolgen muss, erreicht.

M.

---

### Schöne Tränen.<sup>x</sup>

Von Efim Sosulja.

SPD. War einst ein Hausmädchen, Dunja geheissen. Ein rotbäckiges, dralles, arbeitsames, ein wenig närrisches Mädchen. Sie arbeitete tagsüber bis zu 16 Stunden. Sie bediente eine achtköpfige Familie. Unter seltsamen Singsang wuschen sie die Fussböden. In eigenartigen Windungen bog sich ihr Körper, getragen von zwei gerade gewachsenen Beinen, die sich ausnahmen wie ein grosses A ohne Bindestrich. Sie brachte mir Abends den Tee - ich bewohnte ein Zimmer bei der Familie. Mit geheimnisvoller Miene ihres ältlichen, gesunden, gutmütigen Gesichts verzapfte sie die Neuigkeiten aus dem Familienkreise.

"Heute hat der alte Herr mit dem Fräulein Bronja eine Unterredung gehabt".

Ich bezeugte kein sonderliches Interesse für die Unterredung des alten Herrn mit seiner Tochter Bronja. Dessenungeachtet machte mir Dunja nach wenigen Tagen mit der gleichen Heimlichkeit und Interessiertheit die Mitteilung: "Es ist ein Brief gekommen für die Bronja. Versteht sich... von ihm".

"Von wem; was ist los? Was für ein Brief?"

"Von wem? Na, von dem Verlobten!"

Auf ihrem Gesichte lag ein dummschlau wohlwollender, fast verklärter Ausdruck. Sie bedachte mich recht häufig mit solchen Neuigkeiten in abgerissenen Sätzen. Kam ich Nachts um zwei, drei Uhr heim, so brannte noch Licht in der Küche. Dunja arbeitete noch immer. Und doch stand sie auf mit der Morgendämmerung. Drei Jahre schon diente sie in der Familie. Zuweilen kam sie mit Klagen zu mir. Sagte mit komischer Verzweiflung: "Der Janek hat heute schon wieder schlechte Noten heimgebracht. Er hat aber auch eine Strafe bekommen. Er will nicht lernen... er ist zu sehr verhätschelt."

Dunja war überhaupt sehr fürsorglich. Sobald sie mich einen oder zwei Abende nicht mit Schreiben oder Lesen beschäftigt fand, fragte sie besorgt und vorsichtig: "Jefim Daviditsch, weshalb haben Sie eigentlich Ihre Aufgaben für die Redaktion nicht gemacht?" Es war klar, dass ich ihrer Meinung nach die gleiche Beschäftigung hatte wie der Gymnasiast Janek.

Plötzlich, eines Tages, vergoss sie Tränen - heiss und reichlich. Tränen wahrhafter Kränkung.

"Was ist denn los, Dunja?"

Ein schwerer Seufzer, eine Geste der Hoffnungslosigkeit. "Sie haben schon wieder die Tür vor mir geschlossen. Warum? Bin ich ihr Feind? Sie unterhalten sich über Bronjas Verlobten und schliessen deshalb die Tür vor mir. Warum? Was haben sie vor mir zu verbergen? Bin ich etwa kein Mensch? Nein, ich gehe fort von hier. Zwar die Stelle ist nicht schlecht. Aber dies ist denn doch gar zu kränkend."

Ich begriff nichts. Auf der einen Seite die stolze Polenfamilie, auf der anderen Dunja. Die Tochter des Hauses soll heiraten. Irgendeine Tür spielt mit. Völlige Wirrnis.

"Dunja, ich verstehe wirklich nichts. Was haben Sie mit jenen gemeinsam? Sie sind doch hier bloss angestellt. Begreifen Sie denn nicht? Zwischen Ihnen und denen dort gähnt eine Kluft. Wozu müssen Sie die Einzelheiten über den Bräutigam Bronjas wissen? Was geht Sie das an?"

Dunjas runde, verständnislose Augen blickten kalt. Es war klar, dass sie mich nicht begreifen würde. Ich fand nicht die Worte, die imstande gewesen wären, das Gefühl der Kränkung in ihr zu lindern. Ich gab mir alle Mühe, doch ich empfand, dass ihre dummen, komischen Tränen bedeutsamer waren, weitherziger, teilnehmender und menschlicher als all meine kalt formellen und engherzig vernunftvollen Phrasen.

(Aus dem Russischen übertragen von  
Wanda Waldenburg)

---

### Kinderarbeit in Aegypten.x

---

SPD. Frau Adelaide Andersen, die 24 Jahre hindurch die Fabrikinspektion in Aegypten ausübte, hat kürzlich einen Bericht veröffentlicht über die skandalösen Verhältnisse, unter denen heute noch in Aegypten Kinderarbeit ausgeübt wird. In den Fabriken, in denen die Baumwolle entkörnt wird, den sogenannten "cotton-ginning works", arbeitet eine grosse Zahl von Kindern, die zum Teil noch im zartesten Lebensalter stehen, unter Arbeitsbedingungen und eine Zahl von Arbeitsstunden hindurch, die selbst für einen Erwachsenen eine erhebliche Anstrengung bedeuten würden. Die Kinder werden mit Stock- und Peitschenschlägen zur Arbeit angetrieben. In kleineren Läden mit mehr handwerklichem Arbeitsbetriebe fand Frau Anderson fünfjährige Kinder, Knaben und Mädchen, als Arbeitsklaven vor.

Im Durchschnitt beschäftigt nach dem Bericht ein Baumwoll-Entkörnungsfabrik etwa 300 Arbeiter, und man kann im allgemeinen rechnen, dass die Hälfte davon Kinder unter 14 oder 15 Jahren sind; viele sind noch nicht 9 Jahre alt. Um die Kinder nicht vor Müdigkeit einschlafen zu lassen, hat man als Ergänzung des Peitschensystems das Mittel gefunden, in kurzen Zwischenräumen helle Pfeifentöne und Eisenklappern erklingen zu lassen, deren schrilles Geräusch den Lärm der Maschinen noch übertönt. Meist laufen die Entkörnungsmühlen von 5 Uhr Morgens bis 8 oder 9 Uhr Abends. Eine regelmässige Pause für die Mahlzeiten wird kaum jemals eingelegt. Die Kinder verdienen im Durchschnitt 2, 3 oder höchstens 4 Piaster täglich, der erwachsene Arbeiter 10; ist er geschickt, bis zu 20 Piaster. An hygienischen Einrichtungen fehlt es fast völlig in diesen Betrieben. Vor allem ist der aufwirbelnde Staub unerträglich. Etwas besser sollen die Verhältnisse in den Zigaretten- und Tabakbetrieben sein; doch auch hier arbeiten Kinder, ohne dass die nötigsten Schutzmassregeln vorhanden sind. Eine Verbesserung des gesetzlichen Kinderschutzes wird von der Berichterstatterin dringend gefordert.

---

### Das Kreuz.x

---

SPD. Das Söhnchen meines Freundes Oskar Schulze nennt mich seinen Lieblingsonkel. Ich freue mich darüber, weil ich auf die Gesinnungstreue der Kinderwelt im allgemeinen höheren Wert lege als auf die der sogenannten grossen Leute. Dennoch bilde ich mir auf Schulze jun.'s Wohlmeinung nicht allzu viel ein. Die Geschichte von der Liebe und vom Magen ist mir geläufig. Ausserdem bringt jedes Jahr Geburtstag und Weihnachten mit sich; auch ein zweibeiniger Osterhase pflegt willkommen zu sein.

Immerhin - ich verdanke dieser Freundschaft ein Kreuz. Kein eisernes, kein goldenes (um den Hals zu hängen). Aber seitdem diese und ähnliche Arten aus der Mode gekommen sind, muss man Verleihungen doppelt schätzen. Schon als Seltenheiten.

Hören Sie zu, wie ich zu der Ehre gelangte: Oskar der Jüngere hat neben zwei Lehrern auch eine Lehrerin - im Zeichnen und Singen. Ein wahres Muster der Erziehungskunst, wenigstens nach ihrer eigenen Meinung. Als ihr nun neulich eines Vormittags die Aufgabe zufiel, mit der kleinen Schar zu wandern, wählte sie als Spaziergangsziel just einen Friedhof. Man kann nie früh genug über die Vergänglichkeit alles Irdischen nachdenken.

In der nächsten Gesangstunde wurden selbstverständlich nur ernste Strophen gesungen, die irgendwie mit dem Tode, dem Abschied für immer, zu tun hatten. Und dann mussten sich die kleinen, in deren Familien schon Trauer eingezogen war, durch Handaufheben melden. "Wen hast du verloren?" - "Und du?"

Für den Zeichenunterricht wurde dann aufgegeben, ein Grabkreuz zu entwerfen und dieses mit Druckbuchstaben einen Namen hinein zu schreiben. Und nun erraten Sie wohl schon, wie die Sache endet. Als ich gestern auf ein Viertelstündchen bei Schulzes weilte, kam mein Wahlneffe beseligt auf mich zu, seinen Block in der Hand. Siehe da, auf einem etwas unbeholfenen, aber nicht einmal unkünstlerisch skizzierten Kreuze (es deckte selbstverständlich das ganze Platt) stand gross und deutlich - - mein Name.

Sehen Sie: So bin ich ganz unverhofft zu einer Auszeichnung in Kreuzform gekommen. Eigentlich hätte ich ja sagen sollen: "Radiere mich da oben weg und schreibe den Namen deiner Lehrerin hin! Denn sie kann sich wirklich begraben lassen". Aber das habe ich nicht getan. Denn erstens war ich einen Augenblick lang sprachlos. Und zweitens bin ich halt doch wohl ein zu guter Pädagoge.

Heinrich Minden (Dresden).

---

SPD. Deutsch=polnische Frauenkundgebung.<sup>X</sup> Die polnische und die deutsche Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit haben an die Regierungen beider Länder eine gemeinsam unterzeichnete Erklärung gerichtet, in der sie sich für eine Entspannung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland einsetzen. In der Kundgebung werden strengste Massnahmen gegen Hetzpropaganda und gegen Anstiftung und Duldung von Gewalttätigkeiten gefordert ferner Instruktion der Zoll- und Grenzbeamten im Sinne einer Verständigungspolitik und alle sonst notwendigen Massnahmen zur Verhütung von Grenzzwischenfällen, normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern und gerechte und gleiche Behandlung der nationalen Minderheiten in Deutschland und Polen.

---

SPD. Das Märchen vom Weihnachtsmann.<sup>X</sup> Zu einem seltsamen Rechtsstreit hat das letzte weihnachtsfest in Paris Anlass gegeben. In der Schule wurde ein siebenjähriger Knabe von seinem Rechenlehrer gefragt, warum er denn so sehr vergnügt aussähe. Das Kind antwortete, es freue sich auf den Weihnachtsmann. "Was, du bist sieben Jahre alt und glaubst noch an solche Märchen?" sagte der Lehrer verächtlich. Der Vater hat nun den Rechtsweg der Klage gegen den Lehrer beschritten, mit der Begründung, dass dieser seine Befugnisse überschritten habe, nach denen ihm nur die Unterweisung im Rechnen zustände.

---

SPD. Man verwendet kein wertvolles Metall, um Nägel zu machen. Ebenso wenig kann man gute Menschen brauchen, um daraus Soldaten zu machen.

Alter chinesischer Spruch.